

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249.

Dienstag, den 24. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Stimmen eine Zeilzeile.

Sunderliches.

Der deutsche Reichskanzler lehnt mit höflichen Worten, aber in der Sache mit keinemwegs mißverständlicher Deutlichkeit den Versuch ab, den ihm die Oberbürgermeister der deutschen Großstädte in Sachen der Fleischnot machen wollten, und der preussische Landwirtschaftsminister reißt über diese Fleischnot seine Witze mit „unwüthigem Humor“, wie ihm die „Kreuztg.“ als echtes Junkerorgan schmunzelnd beifolgt. Was schert diese „Geflehen und Bitten“ eine allgemeine Landesklammer, und wie sollten sie nicht selbst ihre ironische Freude an ihr haben, wenn sie ihnen die Taschen bis zum Ueberfließen füllt?

Sie waren niemals anders, diese ostelbischen Junker, und den einen Ruhm muß man ihnen lassen, daß sie aus ihren Herzen keine Mördergrube zu machen pflegen. Gewiß spielen sie sich als die getreuen Kämpfer für Thron und Altar auf, aber so sehr tragisch nehmen sie es damit auch nicht; will der Thron nicht, wie sie wollen, so ruhen sie nicht eher, als bis er sich zu ihnen befehlet, und vom Altar lassen sie sich schon gar nicht dreierden. Das Einzige, was ihnen imponiert, sind derbe Prügel, wie sie ihnen vor 100 Jahren auf dem Schischelbe von Jena verabreicht wurden und dann auch 1848 auf den Berliner Barrikaden. Aber sonst ist diese Gesellschaft nicht zu zähmen; über bewegliche Vorstellungen und gute Worte läßt sie höchstens; ihr imponiert nur die Gewalt, die sie hart an die Kandare nimmt, und eine solche Gewalt gibt es im preussisch-deutschen Gemeinwesen nicht oder noch nicht.

Wir müssen — so schreibt die „Lüb. Volksztg.“ zu treffend — gestehen, daß wir für die sentimentalen Klagen der liberalen Presse über die Abweisung der Oberbürgermeister durch den Reichskanzler nur ein mäßiges Interesse empfinden. Galt die Petenten wirklich etwas anderes erwartet von einem Reichskanzler, der doch lange und oft genug gezeugt hat, daß er nichts ist als eine Puppe in der Hand des Junkertums? Und wenn sie sich wirklich noch zu ihm bemühen sollten, obgleich er ihnen mit dem Zornpfahl abgewinkt hat, glauben sie denn, daß sie auf diesem Wege auch nur so viel erreichen werden, als ein Spatz auf seinem Schwanz fortzutragen vermag? Fürst Bismarck wird sie mit einigen glatten Redensarten abspeisen und sie höflich zur Tür hinauskomplimentieren, in die er sie nur mit offenkundiger Mißachtung hineingelassen hat. Sie werden zum Schaden noch den Spott haben, und zwar von Rechts wegen, denn es ist eine Tochter, sich an einen Mann zu wenden, der ihnen nicht helfen will und nicht einmal helfen kann, während sie selbst sich sehr wohl helfen könnten, wenn sie sich nur helfen wollten.

Die großen Städte sind eine Macht, die etwas ausrichten könnte, auch gegen die Junker. In ihnen konzentrieren sich mehr und mehr die Machtmittel der kapitalistischen Gesellschaft, denen auf die Dauer die Machtmittel des Staats, aber die das Junkertum einstweilen noch verflügt, nicht wachsen sind. Was könnte Berlin allein ausrichten, wenn es auch nur ein wenig von dem bürgerlichen Selbstbewußtsein besäße, das Paris und London oft genug bewiesen haben? Allein das sind Träume und Schäume, die sich nicht verwirklichen werden. Der Oberbürgermeister von Berlin hat sich ohne alles Murren in Rollen gefallen, in denen er von dem ersten besten Höfling nicht zu unterscheiden war, und das Gleiche gilt mehr oder minder von den Häuptern aller deutschen Großstädte.

Von dieser Seite ist also nichts zu hoffen. Sollen die Junker Barmherzigkeit lernen, so muß ihnen ganz anders eingeeht werden, und dazu ist nur die Arbeiterklasse entschlossen und fähig. Sie allein führt den Kampf gegen das Junkertum, wie er geführt werden muß, um diese hartnäckige und um ihre historische Existenz kämpfende Klasse zu besiegen. Aber leicht wird es auch für sie nicht werden, die Brotwucherer niederzuzwingen. Sie haben sich gut verhalten, nicht nur am Hofe, nicht nur in der Armer, nicht nur in der Bureaokratie, sondern auch im Reichstage. Solange in einem Parlamente, das durch das allgemeine gleiche Stimmrecht gewählt worden ist, eine Mehrheit von Brotwucherern herrscht, so lange muß sich die Masse der Nation damit begnügen, daß sie selbst den Wolf des Hungers in ihre Hürden gerufen hat.

Die eigentliche Hungertur wird erst beginnen, wenn die neuen Handelsverträge in Kraft getreten sein werden. Aber die Fleischnot läßt schon so schwer auf den Massen, daß sie die Rebellion gegen die Junker bis in die letzte Hütte tragen sollte und hoffentlich auch tragen wird. Wir allergerochten Vorstellungen an Kanzler und Minister ist nichts geholfen; so was trübt den „unwüthigen Humor“ der Lebensmittelwucherer nicht. Aber ein Massenangebot gegen die Urheber der bitteren Not, das wirkt schon anders, das ist jene Forderung, in der mit den Junkern gesprochen werden muß. Als regierende Klasse wissen sie sehr gut, daß sich am letzten Ende eine große Nation doch nicht gegen ihren Willen

regieren läßt, daß selbst die cynischen Witze ihres geliebten Pöbel spurlos verdampfen, wenn der gerechte Groll der Massen bis zur Wuth geschürt ist.

Traurig genug, daß nach hundert Jahren nach der Schlacht bei Jena solche Erwägungen angestellt werden müssen! Damals lag das ostelbische Junkertum zerschmettert am Boden, und die bürgerlichen Klassen brauchten ihm nur den Daumen auf's Auge und das Knie auf die Brust zu drücken. Jedoch dazu hatten sie weder die Gerechtigkeit noch den Mut, und sie ließen sich wieder mit Gott für König und Vaterland in den alten Sumpf zurücktreiben. Heute ist auf sie weniger denn je zu rechnen, und die Arbeiterklasse hat die historische Aufgabe, das Joch des Junkertums zu brechen; sie ist auch die nächste dazu, denn auf ihrem Nacken lastet dies Joch am schwersten.

Die Verfaumnisse eines Jahrhunderts lassen sich nicht in wenigen Wochen einholen; wir dürfen nicht darauf rechnen, daß wenn wir den Jahrestag von Jena feiern, das ostelbische Junkertum schon so am Boden liegt, wie es einst die französischen Heere niedergeworfen hatten. Aber dafür können wir sorgen, daß es sich in Jahr und Tag wenigstens nicht mehr mit dem frechen Hybris über die von ihm verursachte Not der Massen hinwegzusetzen wagt, worin es sich heute leider noch gefallen darf.

Politische Handwörter.

Deutschland.

Naumanns Hoffnung. In einem Artikel in der „Hilfe“ behandelt Herr Naumann den sozialdemokratischen Parteitag in Jena und den freisinnigen Parteitag in Wiesbaden. Er wirft die Frage auf, ob seine Freunde Jena und Wiesbaden als Schlüssel ihrer Arbeit betrachten sollen. Er antwortet darauf: „Meine Antwort ist, daß wir ruhig weiter arbeiten, als wäre nichts geschehen. Das was geschehen ist, ist zeitweilig bedrückend, ändert aber an unseren Zielen und Arbeiten nichts gänzlich. Der Verlauf der nächsten Reichstagswahlen wird zwar nach den letzten Vorkommnissen vermutlich weniger günstig werden als er geworden wäre, wenn der Liberalismus einzig ins Feld gerückt sein würde. Aber für uns als Partei ist nicht viel verloren. Wir arbeiten scharf und fröhlich weiter, auch wenn die große liberale Partei jetzt noch nicht kommt. Wir abjournieren im Jahre 1908 bei einer Majorität sein will, muß jetzt den Liberalismus verlassen, denn der Beschluß von Wiesbaden schwächt alle Teile des Liberalismus, wer aber Augen hat, um über 1908 hinaus zu sehen, der weiß, daß weber Jena das letzte Wort in der Sozialdemokratie ist, noch Wiesbaden das letzte Wort im Liberalismus. Auf beiden Seiten muß sich das vorige Menschengenau mit seinen Verhüllungen erst voll ausleben. Es muß neue Tugenden nachwachsen. Diese Entwicklung kommt sicher, denn es ist unmöglich, daß die ganze Linie des deutschen Volkes für alle Zeiten von unpolemischen Radikalismus und unpolemischer Schabenscheu politisch gefügigt wird. Wir können jetzt auf kein Bündnis mit der Jenaer Sozialdemokratie rechnen, auch können wir keine Einigkeit mit dem Wiesbadener Freisinn versuchen, wir sind jetzt ganz allein auf uns gestellt. Der Wahlverein der Liberalen, dem wir immer noch mit Treue angehören, geht als kleine Partei einen schweren Weg, aber er hat Gehalt und Willen in sich. Für Freunde alle, im witten Land, laßt uns den Dingen sein und froh ins Angesicht sehen: es geht durch Mühen und Drangsal zum Aufstieg, denn das neue gewerbliche Deutschland kann nicht mit so kümmerlichen Ausklängen politisch erben wie Jena hier und Wiesbaden dort!“ — Naumann hat also noch immer nicht die Hoffnung verloren, daß die Sozialdemokratie sich einst mit der bürgerlichen Gesellschaft ausöhnen könne. Allerdings sieht er seine Karte auf das „kommen“ Geschlecht in der Sozialdemokratie. Nun, auch diese Hoffnung wird zu schanden werden; die Sozialdemokratie ist und bleibt die Feindin der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, an deren Beseitigung das kommende Proletariatsgeschlecht zweifellos in noch erheblicherer Anzahl als bisher arbeiten wird. Der Sozialdemokratie gehört die Zukunft!

Eine bemerkenswerte Schwankung vollzieht sich gegenwärtig im Centrum. Noch vor wenigen Wochen erklärte Herr Spahn in einer Bonner Zentrumsversammlung, die Erhöhung der Reichseinkommen könne nur durch direkte Reichssteuern geschehen. Dieser Tage entwickelte nun derselbe Herr Spahn das Zentrumsprogramm für die parlamentarische Wintersession und sich da — Herr Spahn hat nichts mehr einzuwenden gegen die geplanten indirekten Steuern! Eine ähnliche Schwankung ist auch in der Zentrumspresse zu beobachten. — So beweist das Centrum immer wieder, daß es lediglich die Partei des Umfalls und damit des Volksberrats ist!

Die badischen Landtagswahlen. Der erste Wahlgang hat bereits in 51 Kreisen die Entscheidung gebracht.

Diese Mandate verteilen sich wie folgt: Centrum 28, Block 17, Sozialdemokratie 4, Bund der Landwirte und Konservativen 1, 22 Stichwahlen sind erforderlich; an ihnen sind die Parteien wie folgt beteiligt: 22 Nationalliberale, 19 Zentrumsangehörige, 17 Sozialdemokraten, 7 Konservativen und Bund der Landwirte. Der Genosse Kramer ist in Mannheim-Stadt noch nicht gewählt, er muß sich einer allerdings ausföhrlichen Stichwahl unterziehen, da ihm nur wenige Stimmen an der Majorität fehlen. Das Centrum hat am besten abgeschnitten. Ueber die Bedeutung der Wahl schreibt unser Karlsruher Parteiblatt: „Die Sozialdemokratie hat, das dürfen wir gestehen, nicht so günstig abgeschnitten, als wir das gehofft und erwartet haben. Zwar wird sich die Zahl unserer Mandate um einige vermehren. Wir haben bis jetzt 5 Mandate (tatsächlich nur vier) im Besitz und stehen in 11 mehr oder weniger günstigen Stichwahlen. Wie hoch die endgültige Zahl unserer Mandate sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht bestimmen, es dürften ihrer aber wohl 10 bis 12 werden. An Stimmenzahl haben wir gegenüber den bei der letzten Reichstagswahl erzielten Stimmen in sehr vielen Bezirken mehr oder weniger stark abgenommen. Allein das läßt sich leicht daraus erklären, daß eben die bei der Landtagswahl nicht Wahlberechtigten in der Hauptfrage auf das Konto der Sozialdemokratie entfallen, was insbesondere in den Städten sehr ungünstig für uns ins Gewicht fällt. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß wir in der Agitation ganz erheblich gehemmt waren, insofern einige unserer besten rednerischen Kräfte seit Wochen erkrankt sind und also agitatorisch nicht tätig sein konnten. Immerhin hätte in verschiedenen Bezirken das Resultat für unsere Partei ein besseres sein dürfen. Es hat sich gerade bei dieser Wahl der Mangel an einer durchgreifenden Schlagfertigen Organisation bei uns sehr fühlbar gemacht.“ — Die Mannheimer „Volksstimme“ sagt im besonderen zu dem Wahlergebnis in Mannheim: „Einen schmerzlichen Verlust bedeutet für die Mannheimer Partei der Mißerfolg Dreesbachs im 3. Kreis. Wer dessen soziale Schätzung näher kennt, konnte von dem Ergebnis allerdings kaum überrascht sein. Die Geschäftsviertel der Innenstadt haben durch ihre steigenden Mietpreise die proletarischen Elemente immer mehr nach den peripheren Bezirken ab, das bürgerliche Element wird in Zukunft dort noch mehr als bisher dominieren. Diese Entwicklung deutete bereits das Ergebnis der letzten Reichstagswahl in diesen Bezirken an, mit dem Vergleichlichen die gestern auf Dreesbach gestimmten Stimmenzahl als eine durchaus ehrenvolle bezeichnet werden kann. Daß gerade unser ältester und um die Parteienentwicklung Mannheims hochverdienter Genosse Dreesbach es sein mußte, der die Kosten dieser sozialen Umschichtung zu tragen hat, ist bedauerlich; es beklagen hier diejenigen recht, die da meinen, daß auch der tüchtigste unserer Kandidaten nicht im Stande sein werde, den Vorsprung einzuholen, den die bürgerliche Linie in der Oberstadt seit Jahren schon hatte. Der Umstand, daß Dreesbach durch sein schweres Leiden, das ihn seit 14 Tagen ans Zimmer fesselte, nicht in der Lage war, aktiv in den Wahlkampf einzugreifen, fiel ohne Zweifel stark zu seinen Ungunsten ins Gewicht. . . . Im allgemeinen bedeutet die gestrige Mannheimer Wahl eine reinliche Scheidung der Klassen, die früher lange nicht mit dieser Schärfe zum Ausdruck kam. Die kleinbürgerlichen Elemente, die unserer Partei in früheren Zeiten noch anhängen, sind zum größeren Teil von uns abgerückt, seit sie gesehen haben, daß es der Arbeiterbewegung mit der Befolgung ihrer wirtschaftlichen Ziele ernst ist. Die starke Entwicklung des Konsumvereins hat die zahlreicheren kleinen Kräfte, die energisch durchgeführten Lohnbewegungen des verflochtenen Frühjahres (Gipser, Tapezierer, Spengler, Bäcker, Fuhrleute u.), die kleinen Handwerker und sonstigen Kleinrentnerbetriebern zu Gegnern der Arbeiterpartei gemacht. Dies zu bedauern, läge für uns nur dann ein Anlaß vor, wenn es uns nur darauf ankäme, möglichst große Wahlerfolge zu erzielen und um dieses oder jenes Mandates willen lieber auf die eigentlichen Aufgaben der Arbeiterbewegung zu verzichten. So können wir schließlich auch diese Entwicklung nur begrüßen, sie schafft uns ein neues Geschäftsfeld, und dies ist im Kampf jeder Art stets ein Vorteil.“

Die hessische Wahlrechtsreform ist gescheitert, weil die Erste Kammer den Initiativantrag der Zweiten Kammer von deren Zustimmung zu einer Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer abhängig machte, und deshalb das Gesetz ablehnte. — Die Erste Kammer wollte also die Wahlreform zu einem Schachergeschäft benutzen. Netze Sippich!

Die neue Flottenvorlage nimmt allmählich schärfere Umrisse an. Die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: „Für den Kriegsschiffbau sind die Bahnen und Gerzen im Flottengesetz vorgezeichnet. Die Behauptung, daß Deutschland ein schnelleres Tempo in der Beschaffung seiner mächtigen Machtmittel einschlagen müsse, wenn es in der Ostsee und Verdrängung der modernen Seemächte nicht

noch weiter herabzusenken wolle, ist durch die jüngsten Kriegs-
betrachtungen der englischen und französischen Presse zu einer
unumstößlichen Wahrheit geworden. Die neue
Flottenvorlage wird diesen Verhältnissen Rechnung tra-
gen und der deutschen Kriegsmarine die nicht länger zu ent-
behrende Verstärkung bringen. Das Volk kann sich
also neben der Bier- und Tabaksteuer noch auf eine zweite
wundervolle Wahnachtsüberraschung gefaßt machen. Daß
übrigens die Verfassungsfragen, die die Regierung bei der Be-
ratung der vorigen Flottenvorlage abgab, nun bei es vor-
läufig genug und bis 1916 würde keine weitere Vermehrung
der Flotte gefordert werden, völlig wertlos seien, wurde da-
mals von sozialdemokratischer Seite sofort mit aller Schärfe
betont. Man wolle aus diesem Beschlusse der Reichs-
tagung nicht die Verheißung der Sozialdemokratie
allein ziehen.

Die „Kanalrebell“ können erfreut sein: es fallen
immer mehr von ihnen die Treppe herauf. Nachdem der
„Kanalrebell“ Jago zum Vizepräsidenten ernannt ist, soll
er seiner Kollegen, der „rebellischen“ Oberbürgermeister
Dr. Kersten in Thorn, zu seinem Nachfolger anzufragen
sein. Wilhelm II. hat sich also einbüßig mit den „Kanal-
rebell“ ausgesöhnt.

Nationalliberal. Man lese diese zwei nebeneinander
stehenden Notizen, die beide sich auf denselben Vorgang:
Haltung der Münchener sozialdemokratischen Stadtverordneten
zur Fleischnot, beziehen:

Die Gemeindevorstände sind die
jenige Gelegenheit, bei der
die Bürgererschaft zeigen muß,
daß sie weder ultrakontinente
„Vertreter“ bilden kann, die
nicht einmal so viel Verständnis
für die Bedürfnisse der
Großstadt aufweisen, daß sie
zur Bekämpfung der Fleischnot
auch nur das geringste beitragen,
noch Sozialdemokraten, deren Unfähig-
keit, ein aufstrebendes Gemein-
wesen wie München in irgend
einer Beziehung zu fördern,
keinem Bürger zweifelhaft sein
kann, der die Geschichte und
Abhängigkeit dieser Partei
kennt.

„Mit diesem Antrage haben
die Sozialdemokraten
auf eine neue Beweise,
in wie energischer und
taktischer Weise sie für die
Kulturinteressen ein-
zutreten verstehen. Wir
hoffen, daß die beiden
anderen in der Gemeindevor-
sitzung vertretenen Parteien,
vor allem die Liberalen den so-
zialdemokratischen Vorschlag
zum Beschluß ergehen; wir
wollen ferner den beschwerden
Wunsch nicht unterdrücken,
daß auch die Liberalen
sich mehr dazu entschließen
können, in solchen Dingen
die Initiative zu ergreifen.“

Beide Notizen sind entnommen den liberalen „Münchener
Neuesten Nachrichten“, die Notiz links vertrat die Nacht-
Redaktion, die rechts ist eine Fassung der Tages-
Redaktion.

Der Reichstag soll nun am 24. November durch
Wilhelm II. mit einer Thronrede eröffnet werden. Die
erste Sitzungsperiode soll dann am 28. November erfolgen. Die
Eröffnung des Reichstages hat lange auf sich warten
lassen — ein Beweis, welcher „Nachttag“ es sich in gewissen
Kreisen ereignet.

Ein gereizter Löwe. Der bayrische Ministerpräsident
v. Podewils hat am Freitag seine diesjährige Rede zum
Stat in der bayrischen Kammer vor Manuskript ab, geriet
aber trotzdem zum Schluß, als er in den härtesten Worten
gegen den liberalen Casselmann polemisierte, in sichtlich
Erregung, wobei er häufig mit der Faust auf den Tisch schlug.
Präsident Dr. v. Orterer rügte verschiedene Ausdrücke
des Ministers. Podewils hat erklärt: Wenn Abgeordneter
Casselmann ihn mit dem Rütteln des Straßenschildes in
Verbindung gebracht habe, so habe er ähnliche Be-
leidigungen der Verdächtigen schon früher zurück-
gewiesen. Er wolle sie auch heute mit Entrüstung zurück-
weisen. Er wolle Casselmann erklären, daß er nicht gewillt sei,
auf jenes tiefe Niveau der Polemik herabzusteigen oder sich herab-
lassen zu lassen. Das Zentrum spreche dem Sozialdemokrat-
en die Ministerrede entgegen. Die Liberalen be-
gleiteten ihn mit stürmischer Drohung. Am Schluß der
Sitzung wies Dr. Casselmann die Angriffe des Minister-
präsidenten zurück. Er schloß mit den Worten: „Ein
Staatsmann, der sich nicht in solcher Er-
widerungen vom Zorn übermannen läßt,
hat seinen Beruf verfehlt.“

Verdientes Lob! Der „Schl. Bayer. Reich“ hat
auf seiner dieser Tage in Dresden abgehaltenen Generalver-
sammlung die Abgabe einer Zehnjährigen an den Agrarier-
Reichstages beschlossen, in der es u. a. heißt: „Eine
Durchsicht haben in klarer Erkenntnis der deutschen Land-
wirtschaft den ihr so nötigen Schutz nicht entgegen. Die
hier tagende Generalversammlung des Schl. Bayer. Reichs
vertrug, Vertreter der Linien und mittleren Bahnen, auf
welche auch amtlicher Schrift in anderen Bundesländern
als 80 Proz. der gesamten Schienenlänge entfällt, sprechen
eine Durchsicht für die weisse Fahrwege ihren
aufrichtigsten Dank aus und haben das feste Ver-
trauen, daß unsere überaus wertvollen Dienstleistungen
unverändert stehen werden, an den Landes-
regierungen und Landtagen nicht entziehen werden.“ — In
jeder Zeit, wo diese Schienen an Bahnen bekannt sind,
kommt eine Anzahl aus Schienen, die das Gelingen der
Fahrwege, die Sperren der Schienen liegen im jenseitigen
Interesse, wieder einmal beweis. Das Schl. Bayer. Reich
des Jahres hat die Einzüge von Kindern zu
Schulzwecken aus Österreich, Ungarn nach dem
Schl. Bayer. Reich anzuheben über die Schienen
Weg zu der Besetzung der Schienen, daß die Schl. Bayer.
Reichsregierung nur per Schienen erfolgt und nur während
an einem Tage, und zwar Freitag, bei Gelegenheit der Ein-
züge von Kindern und Jugendlichen nach Bayern stattfinden.
Es ist! Dieses ist das, was nicht nur für andere
Einwanderungsfragen möglich ist? Und warum soll die Ein-
züge sich nur auf Kinder und nicht auch auf Schienen
erhalten? Die Regierung der Schl. Bayer. Reichsregierung
ist zwar ganz bereitwillig, weil sie auf das Schl. Bayer.
Reich die Kinder heranzubringen, ihre Rechte
nicht. Im Prinzip ist es jedoch sehr wichtig,
denn das für den Schl. Bayer. Reichsregierung möglich ist,
k. s. das entsprechende Gesetz zur Besetzung der Schienen
zu unterrichten. In allen Schl. Bayer. Reichsregierung
Reichsregierung. Was ist das, was die Schl. Bayer. Reichsregierung

Agrarier-Graben zu dieser Maßnahme des Schl. Bayer.
Reichstages?

Wofür Geld da ist! Wie die „Dresdner Nachrichten“
mitteilen, haben die Dresdener Stadtverordneten
am Donnerstag in geheimer Sitzung für den feier-
lichen Empfang des Kaisers aus städtischen
Mitteln 30 000 Mk. bewilligt. — Daß man diesen
Beschlusse in geheimer Sitzung gefaßt hat, beweist
schon, wie sehr sich die „Stadtverordneten“ dessen bewußt sind,
daß der Beschluß ein Skandalstreich ist.

Dunst erzeugt Gegenwind. Zwölf adlige polnische
Rittergutsbesitzer haben folgende Erklärung abgegeben:
„Unter dem Eindruck der in letzter Zeit häufig vorgekommenen
Verkäufe von polnischen Grund und Boden an Deutsche
erklären wir, daß wir keinem Deutschen, der seine Wohnung
in Reichshofen veräußert, unsere Hand mehr reichen, ihm in
unser Haus nicht aufzunehmen werden, ihn sogar für unfähig
erklären, Ehrenrechte anzunehmen. Wir erklären ferner, daß
durch Wiedereinführung deutscher Wägen die Schuld nicht ge-
löst wird.“ Diese Erklärung wird an sämtliche polnischen
Bauern verandt mit der Bitte, sich ihr anzuschließen. —
Dieser Beschluß ist eine Folge der preussischen Germani-
seitspolitik.

Noch einmal die volle Komposthaufen. Daß
Wilhelm II. das Wort von der „vollen Komposthaufen“ zu
sprechen hat, hält Garden in der neuesten Nummer der „Zu-
kunft“ anerkent. Er schreibt, er wisse, wann, zu
wem, in welchem Zusammenhang es ge-
sprochen sei, und bitte die Dementierknapp-
schaft um Gelegenheit zu dem gerichtlichen Beweise, daß es
nicht so gelautet habe, wie er es wiedergab. — Was sagt die
Dementierknappheit zu diesen feierlichen Behauptungen?
Man erinnert sich vielleicht noch des wütenden Ausfalls ge-
wisser Zeitungen und ihrer Aufregung über das „ausgestreute
und durchsicht erlebte“ Komposthaufen Wort. Reichstanzler
Bülow hat allerdings stramm dementiert, daß das Wort zu
ihm geredet worden sei. Ein offizielles Dementi, daß alles
„erfunden und erflogen“ sei, ist bis dato nicht erfolgt. Hat
Garden also recht?

Sie wollen sich hinaufkomplimentieren lassen.
Der Vorstand des Deutschen Städtetages hielt
in Berliner Rathaus eine Sitzung ab und beschloß die
Aufrechterhaltung des Beschlusses, kein
Reichstanzler um eine Audienz von sieben Mitgliedern nach-
zusuchen. Der Deutsche Städtetag soll im November
in Berlin stattfinden mit folgender Tagesordnung: Koali-
tierung des Deutschen Städtetages auf Grund der vom
Vorstande vorgelegten Entwurfs-Satzungen, zweitens Fleischnot-
versorgung der deutschen Städte und Schädigung ihrer Be-
völkerung durch die bestehende Fleischsteuer. Anwesend
waren Oberbürgermeister Kirchner, Bürgermeister Melde,
Vertreter von München, Dresden, Chemnitz, Nürnberg,
Breslau, Hildesheim, Köln, Kiel, Karlsruhe, Stettin, Stutt-
gart, Königsberg, Kottbus und andere.

Norwegen.

Monarchie oder Republik? Ein Antrag von zehn
Storting Abgeordneten, welcher die Volksabstimmung
fordert, gelangt Montagvormittag zur Beratung. Die Re-
gierung führt im Staatsbudget eine Summe mit 750 000
Kronen auf. Der französische Text des Karlsruher Abkom-
mens ist von der Regierung angenommen und soll morgen
nach Stockholm geschickt werden.

Stuttg.

Sofort schießen! Aus Odesa wird gemeldet:
Mit Rücksicht auf den befürchteten Ausbruch von Unruhen
hat der Stadthauptmann der Polizei den Befehl gegeben,
auf das erste Kommando, ohne Rücksicht auf
die Zahl der Opfer, sofort auf die Demon-
stration zu schießen und nicht erst Ge-
schüsse abzugeben. — Die Hunde leugnen nach
Stutt!

Entlohen. Aus Warschau wird über die Flucht
mehrerer polnischer Gefangener berichtet: Im
August verhaftete die Polizei in einer Versammlung von
politischen Sozialisten ein hervorragendes Mitglied der
Partei, einen Mann aus Posen, der sich Josef Montbill
nannt. Er hatte bei der Festnahme Selbstmord versucht und
wurde wegen seiner Verletzung im Gefängnis operiert. Da
eine zweite Operation notwendig wurde, brachte man ihn
vor einer Woche in das Krankenhaus zum Hl. Geist
und er wurde dort in der Operationskammer von drei Gen-
darmer sorgfältig bewacht. Trotzdem entlohn er durch ein
Fenster in den Garten und ist spurlos verschwunden. Aus
demselben Krankenhaus entlohn auch ein sozialistischer Ar-
beiter.

Der Eisenbahnerausstand in Moskau behält sich
in beträchtlichem Maße weiter aus. Fast alle Linien, aus-
genommen die Linie Moskau—Petersburg sind davon be-
troffen. Auf der Linie Jaroslaw—Arzange ist
der Betrieb eingestellt worden. Auf der Linie
Kijew—Moskau haben die Arbeiter die Lokomotiven
verlassen. Es verlautet, auf der Linie Moskau—Kursk sei
der Streik abgebrochen am 11. von Moskau abgegangene
Schneepzug liegen geblieben. Auf der Linie Kasan—Ural-
bacha ist der Betrieb infolge Streiks ebenfalls ein-
gestellt worden. Die Streikenden fordern Pre- und
Reduzierung und 8 Stunden Arbeitszeit. Am Sonn-
abend ist in Moskau kein Zug einge-
laufen.

Und Witte sprach... Minister Witte, der
„Friedensminister“, spricht angeblich den Liberalen. Nach
der „Russ. Korresp.“ spielt er bei Besprechung des Gesetzent-
wurfs über die Pressefreiheit in der Sozialkommission
eine außerordentlich wichtige programmatische Rede.
Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die ab-
minimierende Willkür. Die Lage der Presse hängt
vollständig von administrativem Befehle ab, so daß auch ge-
mäßigt liberale Elemente darüber empört seien. Die Re-
gierung müsse sich klar werden, was sie wolle — repressive
Maßnahmen oder gleichmäßige Freiheit. Dann fuhr Witte
fort: Ich bin für gleichmäßige Freiheit. Willkürliche Maß-
nahmen haben keinen Sinn, denn radikale Zeitungen
haben der Regierung weniger als Grund, der Letzter der
„Wohlfahrt des Reichs“ und ähnliche Reptilien. Man
kann nicht sagen, wir geben Freiheit für die Wahrheit
und behalten dabei den Zensurparagraphen. Die Regierung
muss erkennen, sie wird in der Duma ein Gesetz über Pres-
serefreiheit einbringen, bis dahin muß volle Freiheit für die
Zeitungen bestehen, die nur für Verbrechen gegen das Straf-
gesetz zu bestrafen seien. Auch in anderen Richtungen
muss mit der Willkür gebrochen werden, die
unser Hauptaugenmerk ist. Jede Regierung muß offene
Politik treiben. Unser Verderben ist nicht, daß wir der
einer Anarchie oder Revolution liegen, sondern daß die
Gegner der Anarchie und sogar die Gegner einer Konstitution
nicht mit der Regierung zusammengehen wollen. Unser Ver-
derben ist, daß die Regierung nie offen auftritt und mit
einer Hand zurücknimmt, was mit der anderen gewährt wird.
Daher glaubt der Regierung niemand. Ohne Hilfe
der öffentlichen Meinung kann aber keine
Regierung der Revolution Herr werden.
Durch die repressiven Maßregeln werden auch die schwachen-
den Elemente, die eine Stütze der Regierung sein könnten,
von ihr ferngehalten. Noch vor dem Zusammentritt der
Duma müssen entscheidende Entschlüsse gefaßt werden. Ge-
wissh ist die zukünftige Duma ein Rätsel, aber da die Mehr-
zahl der Bevölkerung der Regierung nicht glaubt, so wird
die Duma zweifellos schwächer sein. Die Regierung muß
höher auch insbesondere alles tun, um die Anarchie zu ver-
meiden, sie habe bei Wahlen gefaßt und beachtet. In
der ganzen zivilisierten Welt ist theoretisch und praktisch an-
erkannt, daß Wahlen ohne Demokratisierung stattfinden müssen.
Die Freiheit der Wahlen ohne Presse- und
Versammlungsfreiheit ist aber ein Widerspruch.
Wenn die Regierung dies nicht zugesteht, wird die Duma
ohne Nutzen sein, denn man wird sagen, die Bevölkerung
habe gar nicht wählen können. Die Regierung muß alles
tun, damit nicht gemäßigtere Elemente, die sich ihr vielleicht
zur Seite stellen wollen, von ihr abgestoßen werden. Man
muss nicht vergessen, daß seit dem 6. August unsere Grund-
gesetze nur auf dem Papier stehen. Die Duma ist bis-
her nichts als ein kleines Loch. Wenn Volksver-
treter zusammenkommen, werden sie aus dem Loch eine Tür
machen.“ — Wenn die Rede wirklich so gehalten worden ist,
dann ist das für einen russischen Staatsmann immerhin
ganz verständlich. Es fragt sich aber, ob die heutigen Mächte
mit etwas Freiheit die Willkür bändigen werden. Allem
Anscheine nach wird das nur die vollständige Revolution
vermögen.

Die blutigen Tage von Moskau. Die Berichte
über die Ereignisse von Moskau reichen von einander
ausserordentlich ab. Der offizielle Bericht versuchte aus den
erzählten Zusammenstößen ein paar harmlose Szenen zu
machen. In der „Russ. Korresp.“ in Kopie vorliegendes
Dokument, nämlich die Eingabe der Administration der
Philippoffischen Geschäfte an den Fabrikinspektor des 22. Re-
vieres von Moskau, widerlegt die ganze Regierungsdarstellung.
Schon aus dieser Schilderung der Ereignisse sehen wir,
welch erbärmliche und verwerfliche Rolle die russische
Polizei wieder einmal gespielt hat, wie sie einen Streit
nach alter Manier ausgeguckt hat, um das Blut
friedlicher Menschen, die ihr ob ihrer Ge-
sinnung un bequem sind, fließen zu lassen.
Die Eingabe an die Behörde, die von dem betroffenen Ge-
schäfte selbst herührt, lautet in ihrem wesentlichen Inhalte
folgendermaßen: Am Sonnabend, den 7. Oktober, kam um
5 Uhr abends zu Philippoff eine Deputation leitens der
Arbeiter und erklärte, daß die Arbeiter beifolgend hätten,
von Sonntag ab zu streiken. In anbetrach dieser Erklärung
bat Philippoff, daß die Arbeiter bis dahin so viel als mög-
lich Bedauern bereiten möchten. Die Arbeiter gingen auf
diesen Vorschlag bereitwillig ein und arbeiteten tatsächlich
die ganze Nacht hindurch. Um 7 Uhr morgens ließen sie
die Arbeit ruhen und gingen friedlich auseinander. Gegen
10 Uhr kehrten diese von ihnen zurück und blieben, wie sie
es immer an festlichen Tagen taten, in kleineren Gruppen
vor dem Hause stehen. Ihre Stimmung war völlig fried-
lich. Um 11 Uhr stürzte in das Philippoffische Haus ganz
unerwartet und Hals über Kopf eine Abteilung von
Polizisten. Als die Arbeiter die Polizisten er-
blickten, verlangten sie, daß sie sich entfernen sollten,
da diese jedoch blieben, entstand zwischen ihnen
und den Arbeitern eine Schlägerei. Es wird auch er-
zählt, daß auf die Polizisten Pfeile und Flaschen geworfen
wurden. Nun ließen die Polizisten davon, aber nach kurzer
Zeit erließen Polizeimeister Baron Baderberg in Begleitung
einer Abteilung Kosaken, welche auf seinen Befehl hin in der
Gasse nahe der Twerstaja sich in Reih und Glied
aufstellten und auf das Haus 2 Salven ab-
feuerten. Alsdann wurde auf Anordnung von Baderberg
eine Kompanie Soldaten in das Haus, die Konditorei und
in den Laden hineingeführt, worauf er Pfeile und Schüsse
verlangte, um die Türen und die Balken, die von den
Arbeitern angeblich errichtet wären, einzuschlagen. Das
Militär wurde in den Hof hineingeführt, und Baron Baderberg
befahl den Philippoffischen Angestellten, den Arbeitern zu er-
klären, daß sie ausnahmslos zu ihm in den Hof hinauter-
gehen sollten, widrigenfalls er schießen lassen würde. Die
Arbeiter gehorchen. Sie kamen zu General und wurden
sogar von einer Soldatenkette umzingelt. Der Erklärung
der Angestellten, daß in den oberen Etagen der Fabrik nie-
mand geblieben sei, und tatsächlich wurden gegen ein Fenster
der obersten Etage des Fabrikgebäudes auf sein Kommando
hin vier Schüsse abgegeben, als es ihm schien, daß der Kopf
eines Arbeiters von dort aus sich hinaufgelehrt hätte.
Gegen 200 Arbeiter wurden sodann unter starker Eskorte
abgeführt. Später, gegen 4 Uhr, kamen zunächst in Be-
gleitung eines Nebleraufsehers drei jugendlich Arbeiter,
Stribilecki, verwundet und verbunden. Dann er-
schienen nacheinander weitere freigelassene Arbeiter und er-
klärten mit Tränen in den Augen, daß, als man sie unter
Eskorte in den Hof des Hauses des Stadthauptmanns ge-
bracht hatte, sich auf die Kosaken, Schutze
und Gendarmen, die im Hofe versteckt waren,
stürzten und unter sich selbst sie mit allen
möglichen Dingen, mit Nagellatten, Major
netten und Kolben zu schlagen begannen. De-
sinfiziert herabgerufene Fabrikarbeiter hatte es im Anfang mit 17
Verwundeten zu tun, aber bis zum 10. Oktober meldeten sich
weitere 17, so daß im ganzen 34 Personen aus der
Philippoffischen Fabrik verwundet worden sind.
„Wir haben die Ehre hinzuzufügen — heißt es in der Ein-
gabe weiter —, daß es am Sonntag von morgen ab bis
zur Abführung der Verhafteten, sowie vorher und nach
Schluß der Exzitation keinen Fall einer Verwundung irgend
jemandes gegeben hat; bis zur Ermächtigung der Polizei war

alles ruhig gewesen. Ferner wurde weder von Arbeitern noch von sonst jemand bei uns ein Schuß abgegeben — außer der oben erwähnten Schießerei seitens der Soldaten. Dieser ist zu bemerken, daß das Fabriksgelände und überhaupt alles der Administration gehörige bewegliche Eigentum völlig unangefastet und unberührt geblieben ist, ausgenommen die erwänten, von den Schülern bemaßigten Beschädigungen.“ Während der Expedition schimpfte Baron Hübner unangenehm mit den pöbelhaftesten Ausdrücken. Nach Schluß der Hofjäger verteilte er unter die Soldaten und Kasaken Geld. Der Stabskapitän beschränkte aus dem Fenster die schenklische Pöbelerei.

Sympathiebrief. Aus Warschau wird gemeldet: Eine Proklamation der sozialdemokratischen Partei fordert zum allgemeinen Ausstand für Dienstag, den 24. Oktober, auf. Die Sympathieerklärung für die bei den Unruhen in Moskau und Petersburg Gefallenen.

Die Durchführung der Kommunalwahlen sollen die polnischen Sozialisten auf allen Mitteln verhindern. In Warschau vorbereitete sozialistische Kandidaten sind für den 3. Dezember den Generalstreik an. Gleichzeitig sollen Vorbereitungen für die Revolution getroffen werden und wenn diese mißlingt, ein zweiter Aufstand für Januar vorbereitet werden. Es wäre zu wünschen, daß unsere politischen Genossen der Bitte gäuhig.

Japan.

Zogo hat gestern seinen feierlichen Einzug in Tokio gehalten.

Der Besuch der Bundeshäfen ist den fremderischen Kriegsschiffen in Japan gestattet worden.

Der Truppenkollekt ist auch in Japan zu greifbaren. Japan beabsichtigt, seine Armee von 13 auf 20 Divisionen zu erhöhen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 23. Oktober 1905.

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz wurde die Sperre verhängt, weil die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Der Zuzug von handwerklichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Zuzug von Arbeitern (Schlossern etc.) für Räumereien nach Hamburg-Altona ist fernzuhalten!

Ueber die Aufgaben der Gewerkschaften sprach in einer sehr zahlreich besuchten Buchdrucker-Versammlung, die hier am Freitag tagte, der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Emil Döblin. Nachdem Redner zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die Gewerkschaftsbewegung gegeben und darauf hingewiesen hatte, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe durch den Zusammenstoß der Unternehmer andere Formen angenommen hätten, als früher, vertrat er den Standpunkt, daß auch das Arbeitgeberverhältnis sei, durch Ausprägungen usw. den Forderungen der Arbeiter Widerstand zu leisten. Dadurch würden die Arbeiter gerade gedrängt, sich immer mehr ihren Organisationen anzuschließen und nur durch eine starke Organisation sei es noch möglich, dem Unternehmertum etwas abzurufen. Redner meinte jedoch, daß der Kapitalistenklasse die Gewerkschaftsbewegung um deswillen unangenehmer sei, als die politische Bewegung, weil erstere sie dort trifft, wo sie am empfindlichsten ist, nämlich am Geldbeutel. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften verglich Döblin mit zwei Strömen, die nebeneinander laufen und beide ihr Gebiet besuchten. Nicht richtig sei es jedoch, wenn die Partei, wie es in Jena geschieht, den Gewerkschaften die Marschroute für ihr Handeln geben wolle. Auch die Partei würde es sich verbitten, wenn die Gewerkschaften sich einfallen ließen, ihr vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen habe. Redner polemisierte dann gegen Meinungen Fischers auf dem Parteitag in Jena. Von den sozialdemokratischen Theoretikern würden alle Fragen, auch die gewerkschaftlichen, nur von großen Gesichtspunkten aus betrachtet. Die gewerkschaftliche Bewegung verlange jedoch in erster Linie undankbare, alltägliche Kleinarbeit und bei jedem geplanten Kampfe müsse geprüft werden, ob auch durch denselben etwas zu erreichen ist. Eine Gewerkschaft kann es sich nicht leisten, große Streiks zu verlieren; sie kann auch nicht, wie die Partei, wenn sich grundlegende Anschauungen bei derselben als überlebt herausstellen, einfach dieselben über Bord werfen, wie das mit dem ehernen Lohngesetz und der Berechnungstheorie geschehen ist. Der Jenerer Beschluß betr. die Maifeier sei nicht sehr glücklich, denn durch die Demonstration vermittelte Arbeitsruhe werde nichts für die Arbeiter erreicht, wohl aber zeige das Unternehmertum den Demonstranten seine Macht, indem es sie ausperre. Dann ging Redner speziell auf die gewerkschaftlichen Verhältnisse im Buchdruckerberuf ein und schilderte die Vorteile der Tarifgemeinschaft. Auch die mit dem Tarif verbundenen Arbeitsnachweise besäßen erhebliche Vorteile, und zwar weil durch dieselben in erster Linie die Kollegen eingestellt werden, die für tarifliche Verhältnisse kämpfen, während in anderen Gewerben gerade die Streiterden auf längere Zeit von der Arbeit ausgeschlossen würden. Mit der Versicherung, daß der Buchdruckerverband auch ferner auf der betretenen und bewährten Bahn fortzuehreiten werde, schloß Döblin sein sehr beifällig aufgenommenes Referat. In der Diskussion wurde verschiedenen Ausführungen Döblins entgegengetreten und betont, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie wohl zusammenwirken müßten, wie das ja auch bei Streiks, Wahlen usw. geschehen sei. Ferner wurde die Anfrage gestellt, wie sich der Verbandsvorstand zu den von Reghäuser im „Corr.“ propagierten Gewerkschaftskandidaten stelle. Mit dieser zwecklosen Propaganda biete der „Corr.“ der Partei nur Angriffspunkte, die besser vermieden würden. In seinem Schlusssatz bemerkte Döblin, daß er den Standpunkt Reghäuser nicht teile, weil er sich keinen Nutzen für die Arbeiterbewegung davon verspreche. Der Zentralvorstand habe Reghäuser gewähren lassen, weil er die freie Meinungsäußerung nicht unterdrücken wolle. Was die Frage Partei und Gewerkschaften anlangt, so sei er, Redner, der Meinung, daß es z. B. zu inneren Widersprüchen führt, wenn ein Gewerkschaftsführer auch zugleich sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter sei; der beste Beweis dafür ist Bömelburg. Andererseits sei zuzugeben, daß es manche Berührungspunkte zwischen Gewerkschaften und Partei gebe, und es sei deshalb wohl nötig, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen. Mit Dankworten

an den Vortragenden schloß der Vorsitzende darauf die anregend verlaufene Versammlung.

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Lübecks nahm folgende Resolution an: „Unter Würdigung der Grundzüge, die der Parteitag Wiesbaden durch den Antrag Abt zum Ausdruck gebracht hat, genehmigt der Parteitag Lübeck die mit der Freisinnigen Vereinigung in Kiel getroffenen, von der Parteivollversammlung in Berlin bewilligten Abmachungen vom 15. April bezüglich der Abgrenzung des Arbeitsgebietes beider freisinnigen Richtungen und der Aufstellung freisinniger Kandidaturen.“

Der Prozeß gegen den Schriftsteller Dose, der bekanntlich in seinem Roman „Mutterjohn“ den Reichsanwalt Ritter in London beleidigt haben soll, kam auch am Sonntagabend noch nicht zum Schluß. Es wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die in der Hauptsache bekräftigen, daß in dem Roman Personen aus dem Bekanntenkreise Doses geschildert würden. Andere wieder wollten keine Behauptungen erheben können. Die Ladung literarischer Sachverständigen wurde vom Gericht abgelehnt. Ja linear Plaidoyer bezeichnet der Vertreter des Klägers den Roman als ein Erzeugnis à la Biffé. Die Beschreibung des Almus Berg im Roman weise auf den Rechtsanwalt Ritter in London hin. Er beantrage deshalb die Verurteilung Doses sowie Publikationsverbot und Eingehung des Buches. Der Vertreter des Beklagten bedauert zunächst, daß die Sachverständigen nicht gehört seien. Er bestritt, daß Dose seinen Vetter gezeichnet habe und daß es sich um ein Erzeugnis à la Biffé handle. Der Beweis, daß der Beklagte Ritter habe zeichnen wollen und daß er rechtskräftig gehandelt habe, sei nicht erbracht. Eine Bestrafung des Klägers, der von Dose wegen der Aeußerung à la Biffé wieder beklagt ist, müsse erfolgen. Der Beklagte wendet sich in seinem Schlußwort gegen den Kläger und behauptet, in seinem Roman lediglich seiner Mutter ein Denkmal gesetzt zu haben. Die Verurteilung des Urteils soll nächsten Sonntagabend 10 Uhr erfolgen.

Staatlich subventioniertes Stadttheater. Theater. Morgen Dienstag geht als 19. Abonnements-Vorstellung eine Novität in Szene und zwar der Schwank „Telephonheimliche“ von Reimann und Hausleiter. Mittwoch geht zu kleinen Preisen „Der Pfarrer von Kirchfeld“, Volksstück von Andersen, in Szene.

Auch die Preise werden teurer! Durch die Presse geht die Notiz: Das Bestreben zahlreicher Städte, der herrschenden Fleischnot durch den Verkauf von Fischen in städtischer Regie wenigstens etwas zu steuern, hat eine besorgliche Folge gehabt. Die Fischgroßhandlungen können der namentlich aus dem Industriegebiet ergehenden Nachfrage nicht entsprechen, und da sich durch Angebot und Nachfrage das Preisverhältnis regelt, so sind die Preise für Seefische in so scharfer Steigerung begriffen, daß über kurz oder lang auch der Fisch nicht mehr als billiges Erzeugnis für Fleisch wird gelten können. Einen interessanten Beleg hierfür hat eine fleischnot Debatte im hiesigen Stadtparlament. Der Magistrat hatte vorgeschlagen, nach dem Beispiele Solingens von Stadt wegen Seefische zu beziehen und diese zum Selbstkostenpreise an die Bürger abzugeben. Der Plan scheiterte aber an den sehr hohen Einkaufspreisen.

Ein stolzes Gebäude ist auf den Trümmern des 1. St. abgebrannten „Ritus Reuterkrug“ entstanden, das zukünftige „Gansa-Theater“. Am verflochtenen Sonntagabend wurde der Bau gerichtet. Man hofft, daß die Arbeiten an demselben einen derartigen Fortschritt nehmen, daß das neue Theater am 1. Januar nächsten Jahres eröffnet werden kann.

Zuzug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten. Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutup Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbau in Lanen.

Entn. Herbstkontrollversammlung 1905. Zum Erscheinen bei den diesjährigen Herbstkontrollversammlungen sind verpflichtet: Alle der militärischen Kontrolle unterworfenen gebienten Mannschaften des Beurlaubtenstandes des Heeres und der Marine der Jahresklassen 1898 bis 1905 (also nicht Ersatzreserve). Besondere Stellungsbefehle werden nicht erteilt, vielmehr ist diese Bekanntmachung einem solchen gleich zu erachten. Die Mannschaften haben sich pünktlich auf den befohlenen Kontrollplätzen zu stellen und ihre Militärpapiere mitzubringen. Gesuche um Befreiung von der Teilnahme an den Kontrollversammlungen sind rechtzeitig, möglichst acht Tage vor der betreffenden Kontrollversammlung, an das Meldeamt Cutin zu richten. Unentschuldigtes Fehlen und Zuträfkommen wird mit Arrest bestraft. Kontrollversammlungen werden abgehalten: Cutin, Gastwirtschaft von Schumacher (Volksteinischer Hof) am Marktplatz Mittwoch, den 8. November 1905, vormittags 9 30 Uhr für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. Levensfeld, Gastwirtschaft von Steffen Mittwoch, den 8. November 1905, nachmittags 3 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. Ahrensböck, Woldemann's Hotel Donnerstag, den 9. November 1905, vormittags 10 Uhr für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. Schwartz, Jürgen's Hotel Donnerstag, den 9. November 1905, nachmittags 3 30 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten der Jahresklassen 1898 bis 1900. Freitag, den 10. November 1905, vormittags 10 Uhr für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten der Jahresklassen 1901 bis 1905. Timmendorfer Strand, Laues Strandhotel Freitag, den 10. November 1905, nachmittags 3 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten.

Reservat. Am Sonntagabend, 21. Oktober, fand hier eine Volksversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Das Referat hatte unser Reichstagskandidat Genosse Weinhöber übernommen, der über Fleischnot sprach. Der sehr interessante Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion nahm Herr Gallert, ehemaliger Nationalsozialer, das Wort, um sein Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zu bekunden, es gelte vor allen Dingen, den Kampf gegen die Hölle und das Zentrum zu führen. Genosse Weinhöber nahm im Schlußwort Veranlassung, ganz besonders auf die gewerkschaftliche und politische Organisation sowie auf die Arbeiterpresse hinzuweisen und forderte in einer begeistert aufgenommenen Rede für die Ausbreitung des Sozialismus auf.

Hamburg. Bei einem Gerüstesturz bei dem Neubau Jungfrauenal 18 wurden drei Arbeiter verletzt, davon einer schwer und zwei leicht. Der Schwerverletzte wurde ins Eppendorfer Krankenhaus gebracht. — Hierzu erfahren wir noch: Bei dem Zusammenstoß eines Leibes des Gerüsts im dritten Stocke stürzte der Maurerlehrling Joetjens, wohnhaft Altona, Waterloostraße 24, auf das Schuttdach des Hochparterres, der Maurergeselle Rietmann und der Steintäger Lange auf das Gerüst der zweiten

Etage. Diese beiden sind leicht verletzt; der Lehrling mußte wegen schwerer Fleischwunde am Kopfe und an den Beinen in das Eppendorfer Krankenhaus gebracht werden.

Hamburg. Opfer des letzten Sturmes. Die drei Fischkutter „H 112“, „H 546“, beide aus Finkenwärder, und „B 6“, aus Crana mit je drei Mann Besatzung von denen seit drei Wochen keine Nachricht eingetroffen ist, gelten nunmehr als verloren. Bei der Insel Jüt. trieb das Kompaßhaus und ferner ein Boot von „H 47“ an. Aus Glesleth wird gemeldet: Bei der Insel Valturm strandete der Gleslether Heringslogger „Burhave“. Ein Toter befand sich an Bord. Die ganze aus 14 Mann bestehende Mannschaft ist ertrunken. Die Besatzung hat ergeben, daß der Logger wahrscheinlich mit einem unbefannten Dampfer in Kollision gewesen sein muß. Bei der Leiche des einen Mannes der Besatzung wurde eine Uhr gefunden, die auf 11 Uhr stand.

Kiel. Ein Fall roher Mißhandlung eines Untergebenen hat vor dem Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Kiel seine Sühne gefunden. Der früher in Berlin wohnhafte jetzige Direktor des Hamburger Carl Schuly's Theaters, Hirschburg, genannt Eugen Burg, stand am Sonntag, den 15. Juni, morgens 10 Uhr, vor seiner damaligen in Schöneberg bei Berlin belegenen Wohnung und sah, wie der auf Urlaub befindliche, trotz der frühen Stunde schon bezogene Maschinenmaat Hofbauer vom Kreuzer „Medusa“ von einem vorübergehenden Fuhrartilleristen korrekt begrüßt wurde. Der Artillerist war mit seiner Ordonnanzmappe schon ziemlich weit gegangen, als Hofbauer ihn nachdrückte: „Sie! Sie!“ Der Untergebene konnte diese Rufe nicht auf sich beziehen und ging seines Weges weiter. Jetzt stürzte Hofbauer ihm nach und schlug ihn mit Wucht zweimal ins Gesicht. Dann stellte er sich vor dem sofort stramme militärische Haltung einnehmenden Artilleristen hin und beschimpfte ihn in unflätiger Weise, weil er angeblich nicht begrüßt habe. Dabei schlug er den Untergebenen in roher Weise vor die Brust und ins Gesicht und befahl ihm, auf den Fahrdamm zu treten. Der Untergebene folgte und wich keinen Augenblick von der Disziplin ab. Auf dem Fahrdamm wurde er in derselben Weise weiter mißhandelt. Inzwischen war aus den umliegenden Läden und Wohnungen eine zahlreiche Menge zusammengelockert, die Miene machte, zugunsten des Artilleristen einzuschreiten. Der auf dem Kirchgang befindliche Schutzmann Steger nahm zunächst den Angeklagten fest, um ihn zu schützen; als Burg ihm aber den Vordrang meldete, brachte der Beamte den Maaten in einer Drohrede nach der Wache des 3. Eisenbahregiments. Beim Niederschreiben der Meldung wurde Steger durch Hofbauer schmähtlich beleidigt; er sollte keine Lügen niederschreiben, er bekomme wohl 25 Bfg. für jede Meldung (und hat ihm 50 Bfg.) und für eine Schrippe schwöre er ja doch falsch. Hofbauer wurde am nächsten Tage telegraphisch nach Kiel beordert. Den Mißhandlungen, der damals auf einen eiligen Dienstweg begriffen war, hat man nicht ermitteln können, aber eine Reihe von Zeugen befanden außer Burg, daß der Untergebene in keiner Weise gegen die Disziplin verstoßen hatte. Man hätte den Maat schließlich noch laufen lassen, wenn er nicht noch obendrein drohte, den Artilleristen zu melden. Das Kriegsgericht rügte aus Schärfe das Verhalten Hofbauers und verfuhr nach dem neuerdings geschaffenen Grundgesetz, daß Trunkenheit auf Urlaub nur strafverhängend in Betracht gezogen werden kann, indem es die Tat gegen den Artillerist mit drei Monaten und gegen Schutzmann Steger mit drei Wochen Gefängnis abtete. Die Gesamtkasse wurde auf 3 Monate 14 Tage Gefängnis bemessen.

Kiel. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Straßenräuber Fahlteich, Wichert, Eich und Gneist hat ein erschreckendes Bild von der Rohheit und Gemeinheit, mit der die Angeklagten vorgegangen sind. Wo sie befürchteten, daß das außersehene Opfer kräftig sei und sich wehren würde, stachen sie zugleich mit den Messern zu, und machten die Ueberfallenen wehrlos. Dem betagten Händler Dose, der beim Haffortser-Bassau überfallen wurde, verfestete Fahlteich etwa 12 Messerflüche in die Hand, mit der er sein Geld in der Posentasche festhielt. Dose, der ihren Stichen und Hieben wacker Stand hielt, wurde so lange bearbeitet, bis er zu Boden stürzte. Halb bewußtlos hörte er noch, wie einer der Banditen sagte, „der muß noch 'n Paar haben, dann liegt er besser!“ Oberleutnant z. S. Arnoldi, der am Abend des 20. Juni überfallen wurde, ist so erheblich verletzt worden, daß er noch nicht wieder dienstfähig ist; es ist überhaupt fraglich, ob er Offizier bleiben kann, da sein Herz und die Lunge schwer gelitten haben. Von tierischer Rohheit zeugte der Ueberfall auf das mit seinem Hade bei Gellort daherformende Mädchen. Mit schamloser Offenheit gaben die Schandbuben in der Verhandlung ihre Verfehlungen an. Fahlteich führte aus, daß sie in Not und Trunkenheit zu den Straftaten gekommen seien, und Wichert und Eich behaupteten, von Fahlteich angeflüstert zu sein. Die Angeklagten unterhielten sich in den Pausen lebhaft und lachten viel. Gneist, der an der in Döhlstein verübten Tat beteiligt gewesen ist, folgte unter ständigem Grinsen der Verhandlung. Nach der umfangreichen Beweisaufnahme wurden den Geschworenen insgesamt 125 Fragen (32 Haupt- und 107 Nebenfragen) vorgelegt, und hierauf beantragte die Staatsanwaltschaft, der Staatsanwalt beantragte Schuldigsprechung im vollen Umfange und Verneinung der mildernden Umstände. Die Verteidiger hatten bei der Lage der Sache einen schweren Stand und mußten in der Hauptsache für Zuhilfenahme mildernder Umstände sprechen. Nach zweistündiger Beratung fällten die Geschworenen ihren Wahspruch, der die Angeklagten mit kleinen Abmahnungen der Anklage gemäß schuldig sprach. Die mildernden Umstände wurden nur dem Angeklagten Eich im ersten Ausfalle zugestimmt, im übrigen stets verneint, auch entschieden die Geschworenen, daß bezüglich des Oberleutnants z. S. Arnoldi Sichtung infolge der erlittenen Verletzungen als vorliegend anzusehen sei. Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen Fahlteich, Wichert, Eich und Gneist lebenslängliches Zuchthaus, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen den nebenher wegen eines mit Fahlteich verübten Diebstahls angeklagten Arbeiter Canton drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen den 19-jährigen Fahlteich und den 27-jährigen Wichert auf lebenslängliches Zuchthaus, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen den 19-jährigen Eich und den 24-jährigen Gneist auf je 15 Jahre Zuchthaus 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Canton kam mit 2 Monaten Gefängnis davon. Das Gericht war der Ansicht, daß bei den von den Angeklagten begangenen schweren Gewalttaten die erkannten Strafen angemessen seien. Gegen Eich sei nur deshalb nicht auch auf lebenslängliches Zuchthaus erkannt, weil man ihn als den Verführten angesehen habe.

Beste Nachrichten.

Ungl. von der Anlage des Gattenmors des freigesprochenen. Im Prozeß gegen die Kaufmannsleute Auguste Manke zu Lgt (Ostpreußen), die sich gegen die Anlage zu verantworten hatte, ihren ersten Mann Gustav Zeitig, im Jahre 1898 durch Verbringung von Arsenik ermordet zu haben, verneint die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Berlin. Im „Vorwärts“ finden wir folgende Mitteilung: Die Unterzeichneten haben durch Schreiben vom 21. Oktober 1905, in Verantwortung eines Entschlusses des Parteivorstandes, ihre Kündigung eingereicht. Sie scheiden demnach am 1. April 1906 aus der Redaktion des „Vorwärts“ aus. Büttners, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder, Westler.

Berlin. Die Kälte kommt. In der Umgegend Berlins herrschten Sonnabend nacht 6 Grad Kälte, eine Arbeiterfrau ist erfroren. — Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am „Großen Stern“. Dort geriet der 80jährige Kaufmann Samuel Adler beim Ueberschreiten des Fahrdammes des Charlottenburgerdamms unter eine Automobilmaschine und wurde getötet.

Vochum. Opfer der Arbeit. Die vier bei der Kohlenstaubeexplosion auf der Zeche Dorstfeld schwer verbrannten Arbeiter sind gestorben.

Trier. Noch ein Opfer der Kälte. Die Kälte hat bereits ein Opfer gefordert. In Schweiler in Lutzerath wurde ein Mann, der im Freien übernachtet wollte, erfroren aufgefunden.

Mainz. Beim Spielen verunglückt. In Gonzenheim verunglückten die beiden 13 Jahre alten Söhne des Gerichtsvollziehers Deibert und des Oberpostassistenten Klever beim Spielen in einem Sandhügel. Die Kinder wurden verschüttet und konnten nur als Leichen hervorgeholt werden.

Säbender Marktpreise vom 21. Oktober.

Bauern-Butter Pfd. 1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hahnen Etd. 3.— Mk., Enten Etd. 2,40 Mk., Hühner Etd. 1,50 Mk., Küken Etd. 1,30 Mk., Lauben Etd. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — 70 Pf., Schlachtkühe — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 1,00 Mk., Würstl Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stück 60 Pf., Karputzen Pfd. 1,10 Pf., Ger. Lachs Pfd. 1.— 2,40 Mk., Karputzen Pfd. 80 Pf., Hecht Pfd. 80 Pf., Bariche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. 35.— Mk., Nonnen 100 Pfd. 30.— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 20.— 30 Mk., Pfäumen 100 Pfd. — Mk., Blumentohl, d. Kopf 30 Pf., Samt. Kürchen, Pfd. — Pf., Kohl 100 Pfd. 3.— Mk., Gurken Pfd. — Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 4.— Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6.— Mk., per 10 Liter 50 Pf., magnum bonum 200 Pfd. 4.— Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf.

Stierfleisch-Notiz.

Hamburg, 21. Oktober.
Der Schweinehandel verlief reger. Angeführt wurden 1865 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Grauwurme — Mk., Berandtschweine, schwarz 73—74 Pf., leicht — 73 Pf., Sauer 66—70 Pf. und Ferkel 67—71 Pf. pro 100 Pfund.

Wesseln. In der Nacht zum Freitag brach auf der Zuckerfabrik wieder ein großes Feuer aus, das den großen Rübenschnuppen völlig einäscherte. Wie beim Brande des Getreideschnuppens liegt auch hier offenbar eine Brandstiftung vor. Wiederrum gelang es der freiwilligen Feuerwehr, das Feuer auf seinen Verb zu beschränken, wobei der Regen gute Dienste tat. Bei der Rettung der in der Etage des Schnuppens wohnenden drei Familien ist der Arbeiter Mundt tödlich verunglückt, indem er vom Dach des Schnuppens kopfüber herabstürzte.

Rendsburg. Beim Rangieren getötet. Der 41jährige Weichensteller Hansen, am Kanal wohnhaft, kam beim Rangieren zu Fall, geriet unter die Lokomotive der Kleinbahn Rendsburg-Hohenwestedt und wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau und 6 kleine Kinder.

Warnemünde. Ein Boot mit einer Leiche wurde von Warnemünder Fischern unweit der Stolteraa treibend aufgefunden. Die Fischer bemerkten ein weißes Boot, das nur noch mit dem vorderen Ende aus dem Wasser hervorragte. Sie fanden in dem Boot die Leiche eines etwa 30 Jahre alten unbekannten Mannes. Ferner lagen in dem Fahrzeug, das zwei kleine Masten mit braunen Segeln führte, mehrere Fischernetze. Das Boot ist wahrscheinlich im letzten Westwind voll Wasser geschlagen bezw. gekentert und der Fischer wird, um nicht abzutreiben, sich im Boot mit einer Leine festgebunden haben. Die Warnemünder Fischer verantrieben das Boot; sie wollten zunächst die Leiche verladen. Die Leiche des bisher noch nicht rekonstruierten Verunglückten wurde von ihnen nach Warnemünde gebracht.

Lüneburg. Großfeuer. In der Freitagnacht brannte die Chemische Fabrik von Kauch u. Krieger an der Breitenweide vollständig nieder. Die Entstehung wird auf das Platzen eines Säurerohres zurückgeführt. Das Gebäude war bei der Hamburg-Bremer Feuerversicherung in Hamburg versichert. Näheres hierüber schreiben die „L. A.“: Kurz vor 1 Uhr bemerkte einer der vier Arbeiter, die Nachtschicht hatten, wie aus einem Apparat plötzlich eine größere blaue Flamme emporloderte. Es dauerte nicht lange, da stand die ganze Destillation in Flammen, von denen auch das daneben befindliche Lagerhaus für Emballagen ergriffen wurde. Als die Feuerwehr auf der Stelle erschien, sah sie ein gewaltiges Feuermeer vor sich. Leider sind den Flammen auch fertige, zum Versand bereitgestellte Säuren im Werte von ca. 60—70 000 Mk. zum Opfer gefallen, ebenso fast alle Emballagen usw. Das Kupfer- und Maschinenhaus, das Rohmateriallager, sowie Kontor und Meisterwohnung sind so ziemlich unversehrt geblieben. Von den Feuerwehrlern sind mehrere dadurch gefährdet worden, daß die Säuren ihre Kleidungen zerfressen; ein Steiner zog sich außerdem Brandwunden an den Armen zu. Nachdem er an der nahe vorbeiziehenden Almenau Stützung und Linderung der Schmerzen gesucht hatte, mußte er in der Meisterwohnung die Kleider wechseln.

Aus Nah und Fern.

Sieben Jahre und neun Monate Zuchthaus sowie ein Jahr und sechs Monate Gefängnis verhängte das Schwurgericht in Bielefeld über 6 Arbeiter, die wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt waren. Die Arbeiter waren auf dem Kalkwerk Steudnitz

bei Dornburg beschäftigt, das schon viel wegen der schlechten Bezahlung und Behandlung der Arbeiter zu kritischen Erörterungen Anlaß gegeben hat. Auf diesem Kalkwerk, das einem Dr. Frenzel gehört, werden mit Vorliebe Galizier, Russen, Polen, durchweg Leute, die in wirtschaftlicher Beziehung auf einer sehr tiefen Stufe stehen, beschäftigt. Der Eigentümer vereinbart die Arbeitsverträge mit Vermittlern, eine Art moderner Sklavenhändler, die gegen einen gewissen Profit von jedem Arbeiter die gewünschte Anzahl Leute stellen. In den meisten Fällen stellt der Vermittler auch die Kasse, die die „Rechte“ des Vermittlers wahrzunehmen haben. Durch diese Verschacherung der Arbeiter, welche sie zu willenlosen Werkzeugen des Unternehmers und der Aufseher machen, sind schon vielfach Streitigkeiten, die oft in Fälligkeiten ausarteten, vorgekommen, indem die Arbeiter sich oft darüber beschwerten, daß sie die vereinbarten geringen Lohnsätze nicht erhalten. Das Werk hat eine eigene Kantine, in welcher an die Arbeiter Waren auf Vorkauf abgegeben werden. Am 20. Mai, einem Sonntag, der zugleich Vohstag war, befanden sich viele Arbeiter in der Kantine, um ihren Lohn in Empfang zu nehmen. Bei solchen Gelegenheiten geht es bei diesen Arbeitern, da Bargeld die meiste Zeit nicht vorhanden ist, recht lebhaft zu. Weil einige Arbeiter noch Schulden beim Kantineuwirt hatten, verweigerte er diesen die Abgabe von Ware. Daraus entstand ein Streit, der schließlich in eine wilde Schlägerei ausartete. Bald erschienen außer den Wirtsbewachern der Gendarmerie und der Bürgermeister auf der Bildfläche. Nacheinander ging der Rabau erst recht los. Türen, Fenster, Tische, alles, was nicht widerstand, wurde demoliert. Es gab blutige Köpfe, und wie in der Verhandlung festgestellt wurde, soll auch der Bürgermeister wieder mit zugeschlagen haben. Bis das letztere einige bis dahin unbedeutende Arbeiter sahen, griffen sie mit ein, um ihren Kameraden zu helfen. Dieser Vorgang beschäftigte zunächst das Schöffengericht in Jena. Dort stellte sich während der Verhandlung heraus, daß „Landfriedensbruch“ vorliegt, und so kam die Sache vor das Schwurgericht, das in umfangreicher Verhandlung die sechs Angeklagten — ein paar Betrüger sind glücklich entwichen — zu Strafen von 3 Jahren Zuchthaus bis herab zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte. Wie sind die letzten, die Höchststrafe beschonigen, aber daß auch in diesem, für die Angeklagten so folgenschweren Falle die wahren Schuldigen wo anders zu suchen sind, ist zweifellos. Die außergewöhnlichen, den deutschen Verhältnissen zuwiderlaufenden Arbeitsverträge, die Lohnzahlung in der Kantine, die Art der Berechnung und zu allem eine auf der tiefsten Stufe politischer und wirtschaftlicher Entwicklung stehende Arbeiterschaft, die in der weitgehendsten Weise ausgebeutet wird, begünstigen derartige Vorkommnisse.

Vom Automobil. Unweit Augsburg scheuten die Pferde zweier Postwagen vor dem mit dem Prinzen Albert von Belgien, General Farghblüter und dem Chauffeur besetzten Automobil. Drei Männer und eine Frau wurden mehr oder minder schwer verletzt, ein Pferd aufgespießt und ein Wagen zertrümmert. Die Automobilisten blieben unverletzt.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem verehrten Publikum sowie Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage in dem Hause **Alfstrasse 25 eine Klempererei** eröffnet habe.

Gute und reelle Arbeit bei mäßigen Preisen zusichernd, zeichne **Heinrich Stoll, Klemperer.**

Bernauerstr. 1696.

Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. — Preis 1,50 Mk. — Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Gesunde mehrreihige **Futterkartoffel** Dienstag am Bahnhof (Produktenrang) zu verkaufen **Zentner Mt. 1.40.** **Spethmann & Fischer** Tel. 102. Beckergroße 59.

Führer durch die **Strafprozessordnung.** Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heilmann. Preis 40 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johanniskirch 59.

Achtung Maurer! Die laut Versammlungsbeschluß müssen heute den 23. Oktober abends um 8 Uhr präzise im Vereinshaus sein. Der Vorstand.

Sterbekasse „Fidelitas“ für Männer und Frauen. Außerordentliche **General-Versammlung** am Montag den 30. Oktober abends 9 Uhr in den Zentral-Hallen (W. Borgwardt). Tages-Ordnung: Abänderung der §§ 2 u. 25 des Statuts. Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia. **General-Versammlung** am Sonnabend den 28. Okt. im Vereinslokal, Gasse, Johannisstr. 25. Anfang abends 9 Uhr. Tages-Ordnung: Abrechnung, Dähl. Raßtenball, Verschiedenes. Der Vorstand.

Zentral-Frankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einheit“. (Filiale Lübeck)

Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 24. Oktbr. abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 36/37. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. Der Vorstand

Holzarbeiter-Verein **Mitglieder-Versammlung** am Dienstag den 24. Oktober abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 36/37. Tages-Ordnung: 1. Kartellbericht. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Lokalverwaltung.

Einladung zum BALL der **Löper Lübeds** am Freitag den 27. Oktbr. 1905 in Hasse's Gesellschaftshaus, Johannisstraße 25. Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt für Herren 50 Pf. Damen frei. Das Komitee.

Stadthallentheater. Dienstag den 24. Oktober. Durchschlagender Sacherfolg **Telephongheimnisse.** Schwan in 3 Akten v. Heilmann u. Hansleiter. Anfang 8 Uhr.

Abgeschlossene I. Etage mit Balkon, 3 Stuben und allem Zubehör. Näheres **Arminstraße 39 b. part.**

Pflanz-, Rosett- und Laichen-Gemüsen, Salate, Soße- und Ausrichtliche, Verkäufens, Kommoden, Leinen, Kleider- und Hüteartikel, Bettstellen und Matratzen, Tischdecken, Nachtschürzen usw., alles sehr billig zu verkaufen **Bedergroße 20, 21.**

Dr. med. A. Obermeier prakt. Arzt und Spezialarzt für physical-diätätisches Heilverfahren und operationslose Frauenbehandlung wohnt **Mengstrasse 2, I.** Sprechstunden: Wochentags 8—9 Uhr und 3—4 Uhr. Sonntags von 8—9 Uhr.

Die geruchlosesten **Priester-Hölzer** (D. R. P. Nr. 90450 und 116955) sind die besten! Man spartere deshalb nicht die geruchlosesten **Priester-Hölzer** **Sämtliche Bürstenwaren, Scheuertücher, Fensterleder, Fußboden-Oel** ohne irgendwelchen Zusatz, oder doch das Beste, Pfd. 35 Pf. **Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.** Sie erhalten auch Bücher.

Uhräder einsetzen 1,50 Mk. Taschenuhr reinigen 1,50 Mk. 1 Jahr Garantie. **Ernst Gentzen, Uhrmachermeister, 62, b. d. Gärtnerei.** **Adolf Hübner, Uhr- u. Goldschmied, 11, Spandauerstraße.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung und Anzeigen der Zeitung: **Paul Böwig**. Druckerei: **Paul Böwig**. Druckerei: **Paul Böwig**. Druckerei: **Paul Böwig**.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 249.

Dienstag, den 24. Oktober 1905.

12. Jahrgang.

Die Streiks im Jahre 1904.

I.
Nachdem wir kürzlich eine Uebersicht brachten über die Beteiligung der Mitglieder der einzelnen Organisationen an den Streiks und das Resultat derselben, veröffentlichen wir nun aus Mitteln, die uns von der Generalkommission zugehen, folgendermaßen über die Beteiligung nach Organisationen geordnet und die finanziellen Aufwendungen, welche erforderlich waren, sowie über die erzielten Erfolge. Es sind von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden im letzten Jahre Kämpfe mit dem Unternehmertum in einem Umfange und unter materiellen Opfern geführt worden, wie nie zuvor. Es ist auch kleinerer Ausschüß vorhanden, daß diese Kämpfe in den nächsten Jahren geringer an Zahl und weniger umfangreich werden. Immer zahlreicher werden die Kämpfe, die von den vereinigten Großindustriellen heraufbeschworen werden, um die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter zu brechen und unvermeidlich scheint ein gewaltiger Zusammenstoß des organisierten Unternehmertums und der organisierten Arbeiterschaft.

Es waren im Jahre 1904 insgesamt 1625 Streiks und Aussperrungen mit 135 957 Beteiligten zu verzeichnen. Von den Beteiligten waren 5048 Arbeiterinnen. Rechnen wir hierzu die 184 206 an Lohnbewegungen Beteiligten, die nicht die Arbeit einstellen, so ergibt sich, daß im letzten Jahre 320 163 Arbeiter und Arbeiterinnen um eine Verbesserung der Lebenshaltung oder gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften.

Die Streiks und Aussperrungen erforderten eine Ausgabe von 5 551 314 Mark. Es waren erfolgreich 878 (55,7 Proz.) teilweise erfolgreich 317 (20,1 Proz.) und erfolglos 349 (22,1 Proz.) der Streiks und Aussperrungen. Für 128 700 der Streikenden und Aussperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und an Arbeitsverdienst festgestellt werden. Es hatten Verlust an Arbeitszeit die männlichen Beteiligten von insgesamt 1 965 313 und die weiblichen Beteiligten von 154 841 Arbeitstagen. Verlust an Arbeitsverdienst hatten die 128 700 Beteiligten 7 825 369 RM.

In welchem Maße die wirtschaftlichen Kämpfe an Zahl und Umfang gewachsen sind, zeigt ein Vergleich der Jahre für 1904 mit denen früherer Jahre. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1899 waren insgesamt 3 772 Streiks und Aussperrungen mit 425 142 Beteiligten festgestellt, und wurden für diese Kämpfe insgesamt 1 140 275 8 Mark verausgabt. Im letzten Jahrzehnt, von 1900 bis 1904 fanden statt 5347 Streiks und Aussperrungen mit 477 496 Beteiligten. Verursacht wurden dafür 18 321 720 Mark, während 1904 allein 1625 Streiks und Aussperrungen mit 135 957 Beteiligten stattfanden und 5,5 Millionen Mark verausgabt wurden.

In den fünfzehn Jahren von 1890 bis 1904 führte die Arbeiterschaft Deutschlands insgesamt 9119 wirtschaftliche Kämpfe mit 902 638 Beteiligten und 29 724 478 RM. Ausgabe. Von diesen Kämpfen waren 4199 (47,9 Proz.) erfolgreich, 1932 (22,1 Proz.) teilweise erfolgreich und 2851 (27,9 Proz.) erfolglos.

Von den 1625 Streiks und Aussperrungen des Jahres 1904 entfallen auf die einzelnen Industriezweige:

	Streiks		Beteiligte		Ausgabe		Erfolgreiche	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mark	Zahl	Proz.	
Baugewerbe:								
Bauarbeiter*	23	61,68	275348	9	39,1			
Dachbeder*	10	107	2936	5	50,0			
Glaser*	14	799	20087	8	57,1			
Maler*	25	5833	129420	11	44,0			
Maurer*	334	22392	783231	163	48,8			
Steinarbeiter*	25	1034	18806	15	60,0			
Steinschleifer*	24	2152	105837	14	58,3			
Stuckateure*	10	1094	13758	7	70,0			
Töpfer*	8	294	9221	5	62,5			
Rimmerer*	115	4753	225531	81	70,4			
Nicht beendet	7	88	5203	1	—			
Aussperrungen	49	16677	485494	16	32,7			
	644	61391	2074872	335	51,8			
Metallindustrie und Schiffbau:								
Graveur*	2	111	5015	1	50,0			
Kupferschmied*	3	75	1771	1	33,3			
Maschinenf.*	2	—	2344	—	—			
Metallarbeiter*	160	10338	231976	96	60,0			
Schiffszimmerer*	4	31	1438	3	75,0			
Schmiede*	15	838	28376	8	53,3			
Werkarbeiter*	—	80	2470	—	—			
Nicht beendet	11	1205	176230	—	—			
Aussperrungen	34	7120	743240	7	20,0			
	231	19798	1192859	116	50,2			
Graphische Gewerbe und Papierindustrie:								
Buchbinder	18	2298	93237	6	33,3			
Buchdrucker	3	89	—	1	33,3			
Buchdr. Hilfsarb.	7	110	2225	2	28,6			
Formstecher	1	8	265	—	—			
Lithographen	6	130	10562	4	66,6			
	35	2635	106289	13	34,3			
Holzindustrie:								
Bühnenbau*	31	646	30851	16	51,6			
Böttcher*	12	251	24798	2	25,0			
Holzarbeiter*	335	12839	460760	243	72,5			
Lopezierer*	11	557	7284	10	90,9			
Bergolber	6	697	54585	3	50,0			
Nicht beendet	9	2324	179287	—	—			
Aussperrungen	15	5178	507814	7	46,6			
	419	22492	1265379	282	67,3			

Nahrungs- und Genußmittel-Industrie:

	Streiks		Beteiligte		Ausgabe		Erfolgreiche	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mark	Zahl	Proz.	
Bäcker	14	44,77	40748	8	57,1			
Brauerei*	26	1327	164061	16	61,5			
Rondkötzen	3	470	9299	—	—			
Müller	4	150	18354	2	50,0			
Tabakarbeiter*	20	800	9490	10	50,0			
igarrensortierer*	3	29	524	2	66,6			
Nicht beendet	5	385	50388	—	—			
	57	7638	292894	38	50,6			

Bekleidungs-Industrie:

	Streiks		Beteiligte		Ausgabe		Erfolgreiche	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mark	Zahl	Proz.	
Blumenarbeiter	1	7	424	—	—			
Handschuhmacher	1	10	191	1	100,0			
Lutwacher	4	35	1346	3	75,0			
Kürschner*	7	276	9007	3	42,8			
Schneider*	11	820	21120	8	72,7			
Schuhmacher*	33	2015	39286	12	36,3			
Nicht beendet	2	215	2221	—	—			
Aussperrungen	1	23	176	1	100,0			
	60	3301	73771	28	46,6			

Sonstige Gewerbe:

	Streiks		Beteiligte		Ausgabe		Erfolgreiche	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mark	Zahl	Proz.	
Barbiere	1	12	—	—	—			
Bergarbeiter*	5	3475	5182	4	80,0			
Fabrikarbeiter*	47	5385	68587	20	42,5			
Glaserarbeiter*	5	344	53442	3	60,0			
Hafenarbeiter	2	529	68450	1	50,0			
Handels- u. Transportarbeiter	46	3555	94856	17	37,0			
Lederarbeiter*	10	88	1728	6	60,6			
Porzellanarbeiter*	7	376	94174	2	28,6			
Sattler*	8	111	3518	4	50,0			
Seleute	1	165	2025	1	100,0			
Textilarbeiter*	12	651	8806	7	58,3			
Nicht beendet	4	1607	10559	—	—			
Aussperrungen	13	2404	133923	1	7,7			
	161	18702	545250	66	41,0			

Die Anmerkung (*) bei den einzelnen Organisationen in dieser Tabelle besagt, daß die Organisationen bei einer größeren Anzahl Streiks beteiligt war, als hier angegeben. Es kommt häufig vor, daß mehrere Organisationen an einem Streik oder an einer Aussperrung beteiligt sind und wird in solchen Fällen der Streik oder die Aussperrung nur einmal und zwar bei der Organisation gezählt, welche entweder im Vordergrund der Bewegung stand oder die meisten Beteiligten dabei hatte. Der Verband der Bauarbeiter z. B. war im letzten Jahre außer an den 23 Streiks, die er allein führte, noch an 32 Streiks der Maurer mit seinen Mitgliedern beteiligt, sowie an 12 Aussperrungen im Baugewerbe. Diese Streiks und Aussperrungen sind in der Statistik nur einmal und zwar bei dem Verband der Maurer gezählt, während die Zahl der beteiligten Bauarbeiter selbstverständlich bei dem Verband der Bauarbeiter eingerechnet sind. Diese Zählweise ist notwendig, weil anders die Zahl der Streiks durch Doppelzählung bedeutend erhöht würde, während doch jeder Konflikt, an dem mehrere Organisationen beteiligt sind, nur einmal in der Statistik gezählt werden darf. Für das Jahr 1904 sind in 117 Fällen bei Streiks und in 20 Fällen bei Aussperrungen die Doppelzählungen ausgeschlossen. Dadurch ergibt sich dann aber, daß die Zahl der Streiks bei einzelnen Organisationen nicht mit der übereinstimmt, die in der Statistik des betreffenden Verbandes veröffentlicht worden ist.

Die größte Zahl der Arbeitskonflikte war im Baugewerbe zu verzeichnen, dann folgte die Holzindustrie. Es waren:

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerfäcker.

(57. Fortsetzung.)
Im Anfange hatte der Justizrat allerdings beabsichtigt, sein Bett nicht neben dem der früheren drei Kameraden aufzustellen; Winderhof ärgerte ihn aber an dem Morgen wieder, indem er von Vamberg verlangte, daß er den neuen Bund der beiden würdigen Männer einsegnen solle, und er beschloß nun, diesen ewigen Redereien dadurch zu entgehen, daß er sich wehrte von ihnen entfernte. Wollten sie dann einmal zusammenkommen, so konnte das ja immer geschehen. Das Bett wurde deshalb etwa fünfzig Schritte weiter, am Fuße eines ziemlich hohen, nur hier und da mit einzelnen Büschen bewachsenen Hügel aufgeschlagen — Wasser quoll nicht weit davon entfernt aus einem Felsen, Holz war von hier aus auch bequemer zu bekommen, als weiter dem Stadte zu, und die beiden neuen „Partner“ versprachen sich von ihrem künftigen Leben nicht allein manche Annehmlichkeit, sondern auch reichlichen Gewinn.

Der Effessor war besonders ganz glücklich über diese neue Tätigkeit, in die er jetzt eintreten sollte, ja, dem Justizrat so dankbar für die Hilfe, die er ihm angedeihen ließ, daß er nicht nur die nötigen Arbeiten ganz allein besorgte, während sein würdiger Kompanion mit der langen Pfeife ruhig daneben saß, sondern diesem auch, als sie nachmittags endlich an die Arbeit gingen, unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählte, weshalb er eigentlich die Frau Siebert und ihre Kinder verlassen habe, um in die Wälder zu gehen. Er tat das auch in dem unbestimmten und vollkommen unrichtigen Gefühl, sich zu entschuldigen, als ob er die arme, vom Schicksal schwer heimgesuchte Frau mit ihren Kindern rücksichtslos sich selber überlassen hätte. — „Aber es ging nicht mehr, Herr Justizrat — Sie dürfen mir es glauben,“ sagte er. — „Ich habe mein Möglichstes getan, aber — das konnte ich nicht.“

	Streiks		Beteiligte		Ausgabe		Erfolgreiche	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Mark	Zahl	Proz.	
im Baugewerbe	644	61391	2074872	335	51,8			
in der Holzindustrie	419	22492	1265379	282	67,3			
in der Metallindustrie	231	19798	1192859	116	50,2			
in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie	75	7638	292894	38	50,6			
in der Bekleidungsindustrie	60	3401	73771	28	46,6			
im graphischen Gewerbe	35	2635	106289	13	34,3			
in sonstigen Gewerben	161	18702	545250	66	41,0			
	1625	135957	5551314	878	55,7			

Im Jahre 1903 waren Streiks und Aussperrungen: im Baugewerbe 504 mit 43 603 Beteiligten, in der Holzindustrie 247 mit 7587 Beteiligten, in der Metallindustrie 199 mit 32 799 Beteiligten, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 53 mit 1333 Beteiligten, in der Bekleidungsindustrie 71 mit 11 880 Beteiligten und im graphischen Gewerbe 52 mit 978 Beteiligten. In der Metall- und in der Bekleidungsindustrie ist die Zahl der Beteiligten im Jahre 1904 wesentlich geringer gewesen als im Jahre 1903, während in dem Baugewerbe und in der Holzindustrie ein enormes Steigen der Beteiligungsziffer zu verzeichnen ist.

Soziales und Parteileben.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam die Verwendung von Feuerwehrlenten als Streikbrecher bei der Aussperrung in der Berliner Elektroindustrie zur Verhandlung. Den auf die Unterstützung der Familien der Ausgesperrten hieselben Antrag hatten unsere Genossen, weil er inzwischen gegenstandslos geworden, zurückgezogen. Genosse Singer begründete den sozialdemokratischen Antrag, der, wie unsern Lesern vor acht Tagen mitgeteilt, den Magistrat ersucht, Mittel zu finden, daß die Verwendung von Feuerwehrlenten zu Streikbrecherdiensten künftig unmöglich gemacht werde. Singer nannte es unter großer Unruhe der freisinnigen Majorität eine Brutalität, wenn die Elektrizitätsgesellschaften wegen geringer Lohnforderungen einer kleinen Anzahl von Arbeitern beinahe 40 000 Arbeiter broilos machen und bezeichnete es als höchst parteiisch und ungerecht, wenn bei solcher Gelegenheit die staatlichen Behörden zugunsten der Unternehmer eingreifen. Als Sachwalter der Elektromagneten trat kein geringerer in die Schranken als der höchst „freisinnige“ Oberbürgermeister Kirchner selbst. Im allgemeinen sei der von Singer proklamierte Standpunkt richtig, aber im vorliegenden Falle habe es sich um Interessen der Allgemeinheit gehandelt und da habe der Polizeipräsident richtig gehandelt und verdiente Dank statt Tadel, wenn er für Aufrechterhaltung des Betriebes der Berliner Elektrizitätswerke das Nötige getan habe. Die freisinnige Mehrheit stimmte dem Oberbürgermeister ausnahmslos zu, selbst die sogenannten „sozial-fortschrittliche“ Gruppe verlagte gänzlich. Und das war gut so. Die Berliner Arbeiterwähler, die am 8. November zur Stadtverordneten-Ergebniswahl berufen sind, können so wenigstens an einem ganz feinen Beispiele sehen, daß sie es mit einer reaktionären Masse zu tun haben; ihr Eifer, die dritte Abteilung gänzlich für die Sozialdemokratie zu gewinnen, wird dadurch aufs höchste gesteigert werden. Im weiteren Verlauf der Sitzung hielt Herr Kirchner eine lange Rede über den neuesten Vorstoß der Großen Berliner Straßenbahn. Die Debatte wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Ein fauler Friede scheint in der Berliner Elektrizitäts-Industrie geschlossen worden zu sein.

„Was? — Unsan!“ sagte der Justizrat, „was konnten Sie nicht?“

„Die Frau heiraten,“ plägte der Effessor heraus und sah sich dabei schon um, als ob er selbst hier im Walde fürchtete, daß ihn die Frau Siebert gefürchtet hätte.

„Bis dahin hatte nun noch niemand den Justizrat je ordentlich lachen sehen. Der finstere, gravitätische Ernst, der auf seinen Zügen tronte, wich nur höchst selten den milderen Regungen der Heiterkeit, und wenn ihm ja etwas einmal außergewöhnlich komisch vorkam, verzog er nur sein Gesicht etwas in derselben Art, als ob er aus Versehen in eine Zitronen geblieben hätte, und hustete dazu. — Jetzt aber blieb er stehen und lachte, ein wirklich ordentliches menschliches Lachen, lachte, daß ihm der Rauch seiner Pfeife in die Nase kam und er, von mehreren höchst ungehaltenen Donnerwettern unterbrochen, drei, viermal heftig husten mußte. Plötzlich aber wieder so ernsthaft wie nur je aussehend, sagte er: —

„Also Sie wollten die Frau Siebert heiraten, Effessor?“

„Bitte um Verzeihung, Herr Justizrat,“ bemerkte der etwas ängstliche Mann — „sie — sie wollte mich heiraten. Sie erklärte mir eines Morgens, die Kinder hätten sich so an mich gewöhnt und — und sie sich auch, wir wären aber jetzt schon in das Gerede der Leute gekommen — und das ist wahr, denn der Herr Ohlers hörte nie auf, seine Witze darüber zu machen — und da sei es besser, man verleihe den Leuten das Neben durch — eine Heirat.“

„Und da rissen Sie aus?“

„Ich versuchte erst, ihr mein Alter und meine ungenügenden Geldmittel zu einer solchen Verbindung vorzustellen; aber es half nichts. Sie verdiente sich recht hübsches Geld, es ist wahr, und behauptete, mich auch schon in irgend eine Beschäftigung hineinarbeiten zu wollen — mit einem Worte: sie war entschlossen, mich zu heiraten.“

Der Justizrat hatte ihm mit der gespanntesten Aufmerksamkeit zugehört. „Und dann?“ — „sagte er endlich. — „Wie ich fand, daß alle meine Vorstellungen nichts halfen — denn zu einer Heirat konnte ich mich in meinen Jahren doch unmöglich mehr entschließen — und die Frau

sein. Eine große Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen ist noch nicht wieder eingestellt, von den Maschinen und Heilern meldesten sich am Donnerstag 163 als noch nicht eingestellt zur Kontrolle. Von den Arbeiterinnen im Glühlampenwerk der Siemens-Schubert-Gesellschaft sind etwa zweidrittel der früher Beschäftigten an ihre alten Plätze zurückgekehrt. Wegen des dreifachen Lohnabzuges von 2 Pfg. pro Stunde, mit dem die Wiedereingestellten beglückt worden sind, sollen Verhandlungen mit der Direktion stattfinden. Weiter wird berichtet: Höchst sonderbar muß es berühren, daß jetzt auch in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, bei der die Einstellung der Ausgesperrten noch am schnellsten vor sich gegangen ist, das Verfahren eingeschlagen wird, die früher Beschäftigten als Neueingestellte zu behandeln. So ist den Ausgesperrten jetzt in das Lohnbuch der Bremer gemacht worden: „Eingetreten am 18. Oktober 1905“. Demnach scheint es, als wolle auch diese Firma die älteren Arbeiter künstlich um gewisse Ansprüche bringen, die aus den sog. „Wohlfahrtsleistungen“ resultieren. Bekanntlich sollen alle Arbeiter der Firma nach 10jähriger Tätigkeit aus dem Wohlfahrtsfonds ein „Geschenk“ von 50 Mk. erhalten. Da sich ein solches davor zu leisten ja nichts weiter wie ein Koffer, um die Arbeiter zu möglichst langem Kasparren im Betriebe zu veranlassen. Jedoch wenn die Leute nun einmal ein Jahrzehnt für die Firma tätig gewesen sind, dann ist auch nicht einzusehen, weshalb ihnen der moralische Anspruch auf den versprochenen Betrag auf eine geradezu überläufige Art wegkammottelt werden soll. Die Arbeiter sind doch nicht von selbst aus dem Betriebe gegangen, sie sind auch nicht „ordnungsmäßig“ entlassen worden. Man hat sie vielmehr ausgesperrt, obwohl sie zur Weiterarbeit bereit waren. Das Arbeitsverhältnis ist mithin nicht durch ihre Schuld, sondern durch die Schuld der Firma unterbrochen worden. Deshalb könnte ihnen nach den allgemeinen Moralansprüchen ihr Anrecht auf die Gratifikation auch nicht gekürzt werden, obgleich sie keinen Rechtsanspruch auf den Betrag haben. Hier zeigt sich jedoch wieder einmal recht drastisch, welcher Wert den Wohlfahrtsleistungen solcher Großfirmen beizumessen ist. Die Arbeiter werden jedenfalls ihre Lehre daraus ziehen.

Das Zuchtgesetz der Gegenwart. Wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hatte sich in Breslau der Arbeiter Ewald H. zu verantworten. Ueber die Verhandlung wird berichtet: In der Guttmannschen Maschinenfabrik streikten im Juli d. J. die Eisenarbeiter; der Dreher Streiter hatte aber die Arbeitsstätte nicht mit verlassen und wurde deshalb von H. aufgefordert, die Arbeit einzustellen, unter Hinweis auf die Unterstützung, die den Streikenden zu teil werde. Als aber Streiter diese Unterstützung für unzureichend erklärte, bemerkte H., er würde dann von den Ausständigen aus der Fabrik herausgeholt werden. Auch einem zweiten „Arbeitswilligen“, dem Maschinenchloffer Josef Karzer, erteilte er den guten Rat, keine Lebensstunden zu machen und nicht mehr als 18 Buzen am Tage anzufertigen. Wegen dieser Vorfälle hatte sich H. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er behauptete, den Weiterarbeitenden nur einen Freundschaftsdienst erwiesen zu haben, und zwar, um sie vor Schaden zu schützen. Der Gerichtshof aber erließ in seinem Eingreifen ein Vergehen gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis. — Wie könnte es auch anders sein. In einer Zeit, wo der Staat den Fabrikanten selbst die Streikbrecher liefert, müssen doch die privaten „Arbeitswilligen“ auch vor Freundschaftsdiensten geschützt werden!

Die Beerdigung des Genossen Harm-Elberfeld gefallte sich zu einer imposanten Kundgebung. Tausende hatten sich eingefunden, um dem Verstorbenen das letzte Ehrengeleit zu geben. Die Trauerfeier wurde eingeleitet durch einen tiefempfundenen Trauerchor der Arbeitergewerkschaft, worauf Genosse Schuppe dem Dahingegangenen Worte der Anerkennung widmete für das, was er für die Arbeiterbewegung geleistet und ihn in bewegten Worten als Mensch und Familienvater würdigte. Er schloß: „Die Nach-

welt wird ihm Kränze flechten, die Mitwelt hat ihm viel versagt.“ Hierauf bewegte sich der Leichenzug vom Trauerhause nach dem Friedhofe. Ein vieltausendköpfiges Publikum bildete auf dem ganzen weiten Wege — annähernd zwei Stunden — Spalier. An der Gruft widmete zunächst der Kreisvertrauensmann Ullmann einige Abschiedsworte, worauf der Reichstagsabgeordnete Meiß im Namen des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem einstigen Kollegen und Kampferproben Streiter ein letztes Wort der Anerkennung sagte. Es folgten dann zahlreiche Vertreter von den verschiedensten Organisationsstellen. Nach Beendigung der Feier am Grabe fand im Volkshause eine Gedächtnisfeier für den Verstorbenen statt. Genosse Schumacher, der frühere Abgeordnete für Solingen, war mit dieser ehrenvollen Aufgabe betraut worden, weil dieser dem Verstorbenen in Freud' und Leid besonders nahe gestanden. Schumacher gab ein Bild von der Entwicklung der rheinischen Sozialdemokratie, mit deren Geschichte der Name Harm unauslöschlich verbunden ist. Er schloß seine Gedächtnisrede mit den Worten: Der Verstorbene war kein Freund von äußerlichen Ehrenbezeugungen, wollte man ihm aber einen Leichenstein setzen, so gehöre darauf die Inschrift: Er war ein Freund der Wahrheit und Gerechtigkeit, sein Leben gehörte dem Proletariat.

Die Sache Emmel-Mühlhausen, die den Parteipolitiken und verschiedenen Parteitagern schon manche kostbare Stunde gekostet hat, scheint nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Der Arbeiterwahlverein Mühlhausen hat sich aus Anlaß der Berichterstattung vom Parteitage in langer Debatte mit der von der Kontrollkommission in der Mühlhäuser Angelegenheit gefällten Entscheidung, die auch vom Parteitage gutgeheißen wurde, beschäftigt. Der Wahlverein kann die Entscheidung nicht als eine in allen Teilen geeignete Lösung anerkennen. In einer längeren Resolution wird versucht, eine Sachdarstellung der Angelegenheit zu geben und das Verlangen nach nochmaliger Behandlung der Sache ausgesprochen. In bezug auf den letzteren Punkt heißt es u. a. in der Resolution:

„Die Mühlhäuser Parteigenossen als die Mandatgeber des Genossen Emmel in seinen öffentlichen Stellungen erneuern demgegenüber ihr früheres Verlangen an die Parteileitung, von diesen nicht sätiger definierter Handlungen des Genossen Emmel in Kenntnis gesetzt zu werden. Die Forderung des Genossen Emmel auf Einberufung eines Parteischiedsgerichts gegen sich selbst zur Verhandlung über diese unbestimmte Anklage scheint der Versammlung als ein Verlangen, das nach Recht und Billigkeit erste Berücksichtigung verdient. Andererseits betont die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Parteitage die dringende Notwendigkeit im allgemeinen Parteinteresse, die leidige Angelegenheit endlich aus der Welt zu schaffen. Sie nimmt Akt von der Erklärung des Genossen Emmel, daß er aus zu einer anderweitigen schnelleren Erledigung der Angelegenheit, als durch den schwierigen Apparat eines Schiedsgerichts, die Hand zu bieten bereit ist, und erwartet von der Parteileitung, daß sie die vom Vorstände des Arbeiterwahlvereins in Mühlhausen auf Grund des heutigen Beschlusses einzuleitenden diesbezüglichen Schritte mit Entgegenkommen aufnehmen wird.“

Die im Schlußjahre der Resolution angeregte Verständigungssaktion mit der Parteileitung ist so gedacht, daß die letztere die gewünschte Aufklärung schriftlich oder mündlich dem Vorstände des Arbeiterwahlvereins oder einer Spezialkommission des Vereins erteilt und daß auf dem Wege dieser kommunikativen Behandlung der Sache eine Lösung gefunden wird, die von dem Vorsitzenden des Parteitages, Genossen Singer, vor der Abstimmung über die Entscheidung der Kontrollkommission angeordnete Berufung der Mühlhäuser Genossen an den nächsten Parteitag erübrigt.

Der Wunsch, die Sache Emmel einmal gänzlich aus der Welt zu schaffen, wird in der Partei allgemein geteilt. Hoffentlich findet sich bald eine Lösung, so daß der nächste Parteitag in Mannheim nicht auch noch mit der Sache Emmel befaßt wird.

Siebert — nun ja, es ist eine recht gute, brave Frau, aber —

„Nun? — Und wie Vorstellungen nichts halfen?“

„Ja — da packte ich abends einfach meine Sachen zusammen —“

„Die Frau Siebert war ausgegangen?“

„Sie war draußen bei der Frau Hefner.“

„Und brachten dich?“ rief der Justizrat — und sein Gesicht wurde vor innerlicher Freude feuerrot.

„Ich — ich bitte Sie nur um Gottes willen keinen Gebrauch davon zu machen,“ jagte der Affektor ängstlich.

„Und selber die Witwe zu heiraten?“ rief der Justizrat in einem eigenen Anfall von Humor. — Donnerwetter, Pfeife ausgegangen — schlagen Sie Feuer, Affektor — habe mein Feuerzeug verloren.“

Der Affektor rannte nun allerdings selber nie, trug aber trotzdem sein Stahl und Schwamm bei sich, um Andere glücklich sein zu können. Die Pfeife wurde also wieder in Brand gebracht, und die beiden Männer hielten von da an, ohne daß ein Wort weiter über die Angelegenheit gesprochen ward, ihren Weg fort. Bis zu des Justizrats Arbeitsstunde, an einem der kleinen Bergwerke oberhalb des Städtchens, hatten sie eine gute Viertelstunde zu gehen, und als sie denselben erreichten, zeigte der Justizrat seinem neuen Kompanion die Stelle, wo er sein letztes — er hätte auch sagen können: sein erstes — Gold gefunden. Dort beugte er sich nach dem Platz, wo sie jetzt als neue Gruben wollten.

Diese etwas langweilige und ermüdende Beschäftigung überließ der würdige Mann aber der Hand seines Kompanionen, um vorher noch einmal den Berg hinanzugehen, wo er sein letztes hohes Loch gegraben hatte. Er glaubte nämlich, dort sein ihm ganz unbeschreibliches Feuerzeug vergraben zu haben, und da der Platz oberhalb jenes Berges lag, sah sich hoffend, daß er kein Vorübergehender gefunden habe. Zugleich dachte er damit für ein paar Stunden dem langweiligen Graben. So, während sich der Affektor mit aller Eiferarbeit eines jungen Goldwäschers über die harte und ungewohnte Erbschaft hermachte, schenkte er seiner Feinde, seine lange Pfeife nun gepufft und immer beim nächsten Schritt den Mannen Damm von sich blasend, gemächlich den Blick nicht losen Hang hinab, der ihn zu der ziemlich gut gewachten Stelle führte. Da er sich vollkommen Zeit nahm, weil er reichlich bei Viertelstunden gepufft, da er bei

kleine Oberabteilung erreichte, das ihm den Ort besonders kenntlich gemacht hatte, und er brauchte dort nicht lange zu jucken, um die Spuren seiner, leider vergebens gewesenem Tätigkeit anzufinden. Erfreut blieb er aber doch an der Stelle stehen, als er eine merkwürdige Veränderung entdeckte, die der Platz, seit er ihn selber verlassen, erfahren hatte.

Das kleine, kaum vier Fuß lange und vielleicht eben so tiefe Loch, das er dort, in dem vertrauensvollen Glauben, einen Hauf voll Gold darin zu finden, angegraben und mit völlig geträubelter Erwartung wieder verlassen hatte, war — von irgend Jemandem zugeschüttet worden. Hatte ein Anderer nach ihm dort vielleicht noch einmal gegraben und den Platz jetzt wieder zugeworfen, um ihn später desto fröhlicher bearbeiten zu können? War vielleicht also doch Gold darin?

„Nun — verfluchte Geckheit!“ murmelte der Justizrat vor sich hin, indem er neben der Stelle stehen blieb — „soll doch ein Platz verlassen, ohne durchgegraben zu haben — hm —“ und er blies die Dampfwolken in dichten, rasch aufeinander folgenden Puffen von sich — „nur meine Schaufel mitgenommen hätte.“ — Trotz allem Betrachtes kam er aber zu keinem bestimmten Entschluß, bis ihm endlich die Ursache einfiel, weshalb er den Berg noch einmal erstiegen hatte: sein Feuerzeug. Sich umsehend, fand er halb den Platz wieder, wo er an jenem Morgen sein mitgebrachtes Feuerzeug vergraben und sich nachher die Pfeife angezündet hatte. Ein kleiner rauber Moosfleck war dort gewesen, prächtig geeignet zu einer kurzen Stiefa im Schatten eines dichtzweigigen wilden Kaffeebaums, und den hatte er auch redlich benutzt, seine müden Glieder vollständig auszuruhen. Der Platz war auch noch da, der Kaffeebaum zwar nicht, aber der Moosfleck war zerstampft, als ob Hände darauf herumgelaufen wären — er mochte sich nicht mehr darauf niederlegen.

Wer aber auch hier gewesen war, sein Feuerzeug hatte er nicht gefunden, denn das lag richtig noch dicht neben der Wurzel des Baumes, wohin er es gelegt, um es immer zur Hand zu haben.

„Das ist geschicklich!“ sagte jetzt vollkommen zufriedengestellt der Justizrat vor sich hin, während er das wiedergefundene kleine Argentin-Büchlein in die Tasche schob — „hätte gefunden, ohne Feuerzeug hier im Walde. — Nicht anhalten ohne Raucher.“

Die Opfer des grausigen Dramas in der Ronnenstraße in Braunichweig, die 20jährige Alma und die 22jährige Martha Haars, sind obduziert worden. Der 18jährige Karl Brunka, jetzt auch nicht noch keinerlei Neuere, er trägt im Gegenteil dasselbe gleichgültige, ja lede Wesen im Untersuchungsgefängnisse zur Schau, was er bereits bei seiner polizeilichen Vernehmung offenbart, wo er, beide Hände in den Uebergieberhänden, seine Aussagen in stolchem Gleichmuth zu Protokoll gab. Inzwischen sind, wie die „Weser-Zitung“ hört, Momente zutage getreten, die es fraglich erscheinen lassen, ob der von Brunka geschilderte theatralische Vorgang des ganzen Dramas in allen Punkten der Wahrheit entspricht und ob nicht bei Beurteilung der Tat statt des § 216 des Strafgesetzbuches (Tötung eines Menschen auf dessen ausdrückliches und ernstliches Verlangen) ein schwereres Verbrechen angenommen werden muß. Ob die Behauptung, daß der Abschiedsbrief an die Eltern garnicht von einem der beiden Mädchen geschrieben sei, zutrifft, muß erst noch die Untersuchung erweisen.

Verurteilter Automobilist. Der Techniker Barth aus Walterhausen, welcher am 7. Juli ds. J. in der Weimarschenstraße in Erfurt mit seinem Automobil ein 10jähriges Mädchen überfuhr, so daß der Tod des Kindes auf der Stelle eintrat, hatte sich vor der dortigen Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte bestritt seine Schuld und machte geltend, daß das Mädchen damals aus einem Wagen der elektrischen Straßenbahn ausgestiegen wäre und er mit seinem Wagen diese Seite habe passieren müssen. Der Gerichtshof war dagegen der Ansicht, daß die Automobile angeht, eines auf der Straße stehenden Straßenbahnwagens gerade wegen des jederzeit möglichen Aussteigens der Passagiere so langsam fahren müssen, daß ein Anhalten des Automobils auf jede Entfernung möglich sei. Dieses Tempo habe der Lenker und Besizer des Kraftwagens, mangels der die sonst zulässige Geschwindigkeit nicht überschritten habe, nicht eingehalten. Aus diesem Grund wurde auf eine Strafe von 2 Monaten Gefängnis erkannt.

Der Gendarm als Herr über Leben und Tod. Die „Freiburger Zeitung“ berichtet: Der geistig erkrankte Finanzpraktikant Klingler von Mühlheim irrte am 22. April d. J. in der Nähe von Mengen umher und erregte den Verdacht einiger Leute aus Schallstadt und Mengen. Man machte dem Gendarmen Eduard Schmid in Mengen Mitteilung von den Beobachtungen und dieser machte sich zur Nachforschung auf den Weg. Er fand K. auch und stellte ihn. Dieser setzte sich zur Wehr und entfloß dann. Der Gendarm, in dem sich nun der Verdacht gegen K. bestärkte, rief ihm Halt! zu, allein K. elkte weiter. Der Gendarm gab dann zwei Schreckschüsse ab, und als sie ohne Erfolg blieben, gab er einen scharfen Schuß ab, der den bedauernswerten jungen Mann in die Brust traf und den Tod des Unglücklichen am 26. April in der Psychiatrischen Klinik herbeiführte. Vor dem Kriegsgesicht erklärte der Gendarm, dem fahrlässige Tötung mittels der Waffe zur Last gelegt wurde, er habe mit dem scharfen Schuß nach den Füßen des Bleibenden gezielt, um ihn an der weiteren Flucht zu hindern, in der Aufregung aber die Brust getroffen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß objektiv wie subjektiv die Anwendung des § 36 des Bad. Gen. Ges. vom 31. Dezember 1831 gegeben sei, während die Anwendbarkeit des Preuß. Ges. vom 20. März 1837 über den Waffengebrauch des Militärs verneint wurde. — Der Vorfall und die Begründung, mit der das Gericht den Gendarmen freisprach, sind für die Zustände in unserm Militär- und Polizeistaat wieder einmal überaus kennzeichnend. In Vorbringen schloß vor einiger Zeit ein Wachposten einen Taubstummen nieder, der seinen „Halt!“ ruf begrifflosweise nicht hören konnte, jetzt tötet ein Gendarm einen Christen und das Kriegsgesicht konstatiert ausdrücklich, daß er völlig korrekt gehandelt habe!

Sein Pfeifenkopf war etwas locker geworden und er brückte ihn wieder fest in den Suddersack — an den Fingern fühlte er dabei etwas Nieriges, und den weißen Kopf ansehend, bemerkte er einen Bluffel daran.

„Nun nicht äbel,“ brummte er da vor sich hin, indem seine Finger betrachtete und den daran klebenden Bluffel an der rauhen Rinde des nächsten Baumes abrieb — „Finger gerissen — verwundete Dornen — Malefiz-Band doch eigentlich, und viel geschickter, zu Hause geblickt!“

Der Justizrat hatte jetzt, was er wollte, und war im Begriff den Hügel wieder hinabzusteigen; aber er mußte noch einmal an seiner mit so großer Mühe ausgeworfenen und jetzt wieder vollständig gefüllten Grube vorüber, und das ärgerte ihn besonders dabei, daß er jetzt gar nicht erfahren sollte, ob der, der nach ihm hier gewesen, etwas gefunden habe oder nicht.

„Verfluchte Amerikaner,“ murmelte er, während er an dem zugeworfenen Platz stehen blieb und mit dem Fuße ein paar Erdblocken bei Seite warf — „stochern überall herum — wo gar nichts zu haben — Lumpenpack — große Luft, Spaten zu holen — verdammt hoher Berg, zweimal in einem Tag — hm.“

Während er so, immer noch mit dem halben Verdacht, daß wirklich Gold in dieser Erde sein könnte, mit dem Fuße daran herumstocherte — denn er war zu bequem, die Hände dafür zu verwenden — kam es ihm plötzlich so vor, als ob er etwas in dem lehmigen Boden blitzen sähe. Rasch bückte er sich danach und sah im nächsten Augenblicke die untere Spitze einer dort mit Erde bedeckten eisernen Schaufel.

„Da haben wir's!“ rief er aber, über die Entdeckung aufs äußerste erfreut — „richtig Gold drin — Amerikaner hat sein Werkzeug drin gelassen — wiederkommen. Eiel ich, Grube aufzugeben — hm — Teufel holen!“

Die Voraussetzung hatte auch nicht das geringste Unwahrscheinliche für sich — wenn man überhaupt hätte glauben wollen, daß hier oben auf der Spitze eines Hügel's Gold zu finden gewesen. Das Zurücklassen eines Stückes Werkzeug in einer angefangenen oder auch nur bezeichneten Grube sicherte dem Eigentümer desselben das Recht zu, dieselbe für sich zu beanspruchen. Mit Erde war aber vielleicht deshalb nur die Schaufel bedeckt worden, daß nicht ein Vorüberwandler in die Versuchung kommen sollte, sie mitzunehmen. Wer hier dagegen graben wollte, mußte sie augenblicklich finden. (Fortsetzung folgt.)